

KONZEPT
"SOZIALE BRENNPUNKTE"

*SPD-Fraktion
der Hamburgischen Bürgerschaft*

*Ergebnisse der Beratungen in der
Haushaltsklausurtagung
am 24./25. April 1992*

INHALT

- Vorwort von Günter Elste**
- 1 Die NichtwählerInnen setzen ein Signal**
 - 2 Die Fraktion setzt ihren Arbeitsschwerpunkt**
 - 2.1 Die Konzentration politischer Aktivitäten auf regional-soziale Schwerpunkte der Stadt
 - 2.2 Die Dokumentation der bisherigen Senatspolitik
 - 2.3 Ganzheitliche Betrachtung von Wohngebieten und Stadtteilorientierung als Instrumente einer Großstadtstrategie
 - 2.4 Vorgehensweise der Fraktion bei den Haushaltsberatungen 1992
 - 3 Maßnahmen in regional-sozialen Schwerpunkten**
 - 3.1 Verzicht auf räumliche Abgrenzungen und Prioritätenbildung nach sozialstatistischen Indikatoren
 - 3.2 Übergreifende Problemlagen
 - 3.2.1 Wohnraumversorgung und räumliche Verteilung
 - 3.2.1.1 Die Unterbringung der wohnungslosen Bevölkerung
 - 3.2.1.2 Einfluß auf die Sozialstruktur durch Belegungspolitik
 - 3.2.1.3 Korrektur der Fehlförderungsabgabe
 - 3.2.2 Schulische Versorgung und Kinderbetreuung
 - 3.2.3 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und soziale Infrastruktur
 - 3.3 Haushaltsbeschlüsse der Fraktion
 - 3.3.1 Stadtteilübergreifende Schwerpunkte
 - 3.3.1.1 Besondere Maßnahmen für Schulen, Kinderhorte und Spielplätze
 - 3.3.1.2 Unterstützung von Opfern von Gewalt und sexuellem Mißbrauch

- 3.3.2 Regionale Schwerpunkte
 - 3.3.2.1 Hamburg-Mitte
 - 3.3.2.2 Altona
 - 3.3.2.3 Eimsbüttel
 - 3.3.2.4 Hamburg-Nord
 - 3.3.2.5 Wandsbek
 - 3.3.2.6 Bergedorf
 - 3.3.2.7 Harburg
- 4 Pilotkonzept für soziale Brennpunkte
 - 4.1 Stadtteilkonferenz, Stadtteilbüro und Verfügungsfonds als Elemente des Konzepts
 - 4.1.1 Die Stadtteilkonferenz
 - 4.1.2 Das Stadtteilbüro als Motor und Assistenzeinheit
 - 4.1.3 Der Verfügungsfonds für die Pilotprojekte
 - 4.1.4 Die Auswahl der Stadtteile
 - 4.1.5 Das Pilotkonzept für soziale Brennpunkte als Modell mit zeitlicher Begrenzung
 - 4.2 Pilotprojekt Dulsberg
 - 4.2.1 Charakterisierung des Stadtteils
 - 4.2.1.1 Allgemeine Problemlage
 - 4.2.1.2 Soziokulturelle Infrastruktur
 - 4.2.1.3 Politische Rahmenbedingungen
 - 4.2.2 Probleme und Defizite politischer Handlungsstrategien als Ergebnis mangelnder Stadtteilorientierung
 - 4.2.3 Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtteilstruktur - Sachlage
 - 4.2.3.1 Beschluß der Bezirksversammlung Hamburg-Nord
 - 4.2.3.2 Perspektiven

- 4.2.4 Integriertes Handlungskonzept "Projekt Dulsberg"
- 4.2.5 Schlußbemerkungen
- 4.3 Pilotprojekt Jenfeld
 - 4.3.1 Allgemeine Beschreibung des Stadtteils, seiner Bevölkerung und der Problemlagen
 - 4.3.2 Soziokulturelle Infrastruktur
 - 4.3.3 Verbesserung der Stadtteilentwicklung
 - 4.3.3.1 Die vorhandenen Organisationsstrukturen und die bisherigen Maßnahmen
 - 4.3.3.2 Zielrahmen
 - 4.3.3.3 Kurzfristige Maßnahmen
- 4.4 Pilotprojekt Westliche Innere Stadt
 - 4.4.1 Charakterisierung der regionalen Struktur
 - 4.4.1.1 Allgemeine Problemlage
 - 4.4.1.2 Anteil der ausländischen Bevölkerung
 - 4.4.1.3 Stadterneuerung in der Westlichen Inneren Stadt
 - 4.4.1.4 Vorarbeiten für die Maßnahmenbeschreibung
 - 4.4.2 Organisations- und Entscheidungsstrukturen zur Verbesserung der Stadtteilentwicklung in der Westlichen Inneren Stadt
 - 4.4.2.1 Bestandsaufnahme der örtlichen Probleme und Vorbereitung der Entscheidungsfindung
 - 4.4.2.2 Strukturen zur Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtteilentwicklung in der Westlichen Inneren Stadt

VORWORT

- 4.4.3 Allgemeine Handlungsanforderungen zur Verbesserung der Lebenssituation in der Westlichen Inneren Stadt
 - 4.4.3.1 Bauen und Wohnen
 - 4.4.3.2 Verkehr
 - 4.4.3.3 Inneres
 - 4.4.3.4 Soziales
 - 4.4.3.5 Schule
- 4.4.4 Kurzfristig umzusetzende Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation in der Westlichen Inneren Stadt
 - 4.4.4.1 St.Pauli
 - 4.4.4.2 Schanzenviertel
 - 4.4.4.3 Karolinenviertel
- 5 Ausblick

Anlagen

- a. Antrag zur Finanzierung der Pilotprojekte
- b. Tabelle Nr. 1 zum Vergleich von Einkommen und Wahlbeteiligung
- c. Tabelle Nr. 2 zum Lehrerbedarfsstellenplan zur Ausländerförderung

Alle Großstädte und Ballungsräume weisen Wohnquartiere auf, in denen die Lebensverhältnisse deutlich ungünstiger sind als in anderen Stadtteilen. Die zuständigen Politiker und große Teile der Öffentlichkeit kennen diese Quartiere und zwar ohne daß es dafür tiefschürfender statistischer Analysen bedarf.

Welcher potentieller sozialer Sprengstoff in solchen Quartieren vorhanden sein und wie er sich entladen kann, wurde Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre insbesondere in einigen Städten Mittelenglands und in den Slums nordamerikanischer Großstädte deutlich. Soweit darf man es nicht kommen lassen.

Getragen von der Sorge, daß einige Hamburger Wohnquartiere von sozialen Erosionsprozessen bedroht bzw. im Anfangsstadium bereits erfaßt sind, hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion 1990/91 noch vor dem Ende der 13. Legislaturperiode in einem interdisziplinär zusammengesetzten Arbeitskreis versucht, geeignete Maßnahmen für die westliche Innenstadt zu erarbeiten, um solchen Entwicklungen rechtzeitig zu begegnen.

Die Bürgerschaftswahlen am 2. Juni 1991 belegten die Relevanz dieses politischen Handlungsansatzes in dramatischer Weise. Rund jeder 3. Wahlberechtigte machte von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch und demonstrierte damit seine Politikverdrossenheit. Die Wahlenthaltung war lokalisierbar und betraf vor allem die Stadtteile mit relativ ungünstiger Lebenssituation für die dortige Bevölkerung, d.h. die sogenannten "sozialen Brennpunkte" der Stadt (vgl. Tabelle Nr. 1, Anhang) .

Dieses Erscheinungsbild belegt eindeutig das Vorhandensein einer Legitimationskrise des repräsentativen - parlamentarischen Systems, die offenbar auch in Mängeln der realen Politik für diese Stadtteile begründet ist. Für die SPD-Bürgerschaftsfraktion ergab sich daraus die Schlußfolgerung, daß unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen sind, um die Lebensverhältnisse in

diesen Teilen der Stadt konkret spürbar und sichtbar zu verbessern und somit das Vertrauen der Menschen in die problemorientierte Handlungsfähigkeit der Politik wiederzuerlangen.

Darüberhinaus sollten aber auch neue Mechanismen entwickelt und erprobt werden, die dazu beitragen können, daß die in den Quartieren vorhandenen Probleme von der Politik und Verwaltung tatsächlich auch erfaßt und einer Lösung zugeführt werden.

Außerdem hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion für sich die Konsequenz gezogen, daß es künftig mehr als bisher notwendig ist, sich den Bürgerinnen und Bürgern in den sozialen Brennpunkten zu stellen, ihre Probleme, Sorgen, Anregungen und Lösungsvorschläge direkt vor Ort aufzunehmen, zu prüfen und in konkretes politisches Handeln umzusetzen.

Die nachfolgende Ausarbeitung soll zeigen, wie diese Schlußfolgerungen von der SPD-Bürgerschaftsfraktion in konkretes politisches Handeln umgesetzt wurden.

Diese Handlungsansätze und der damit verbundene Einsatz der SPD-Abgeordneten ist erforderlich, wenn wir uns künftig ein von sozialer Verantwortung geprägtes und breiter Akzeptanz getragenes soziales und demokratisches Politiksystem erhalten wollen.

Günter Elste
Vorsitzender der SPD-Fraktion
der Hamburgischen Bürgerschaft

1 Die NichtwählerInnen setzen ein Signal

Die geringe Wahlbeteiligung bei den Bürgerschaftswahlen am 2. Juni 1991 hat die politische Öffentlichkeit aufgerüttelt; sie wurde allgemein als Zeichen einer sich vertiefenden Kluft zwischen Politik und Bürgerinteressen gewertet, die allerdings nicht überall gleich zu sein scheint. Ein vergleichender Blick auf die Höhe von Einkommen und Wahlbeteiligung in den einzelnen Stadtteilen Hamburgs zeigt, daß die von PolitikerInnen allgemein beklagte Wahlmüdigkeit nur in Stadtteilen mit unterdurchschnittlichem Einkommen existiert. Der verstärkte Rückgang der Wahlbeteiligung stellt eine alarmierende Fortsetzung des seit Beginn der 80er Jahre zu verzeichnenden Trends dar. Auf den Punkt gebracht heißt das: Je geringer der Einkommensdurchschnitt, desto niedriger die Wahlbeteiligung.

Diese Stimmung drückt sich in Äußerungen wie "Es ist egal, wer regiert - die Politiker interessieren sich für unsere Probleme sowieso nicht." aus. Die PolitikerInnen entstammen einem anderen sozialen Milieu als ihre WählerInnen. Das Statistische Landesamt bereicherte die Diskussion überdies mit einer Analyse der Wohnortpräferenzen der Abgeordneten selbst. Das Ergebnis dokumentiert, daß vor allem die Abgeordneten der SPD nicht in Stadtteilen leben, in denen ihre Partei mehrheitlich gewählt wurde.

2 Die Fraktion setzt ihren Arbeitsschwerpunkt

"...(wir) müssen regional in den Nichtwähler-Hochburgen - vor allem in den sozialen Brennpunkten der Stadt - besondere politische Schwerpunkte ressortübergreifend auf der Handlungsebene setzen, und zwar nicht nur mit allgemeinen abstrakten Konzepten, sondern mit konkreten Maßnahmen, die für die betroffenen Menschen möglichst bald sichtbar und spürbar werden; in diesem Sinne wird der fachübergreifende Fraktionsarbeitskreis Stadtteilentwicklung seine Arbeit fortführen und konkrete Vorschläge und Forderungen an den Senat richten"

(Günter Elste am 24. Juni 1991 auf dem SPD-Landesparteitag im Curiohaus)

2.1 Die Konzentration politischer Aktivitäten auf regional-soziale Schwerpunktbereiche der Stadt

Allein der in Selbstkritik mahnend erhobene Zeigefinger reicht jedoch als Antwort auf die Wahlenthaltung nicht aus. Die Bürgerschaftsfraktion beansprucht nicht, Patentrezepte dafür zu wissen, wie die Hamburger NichtwählerInnen zukünftig wieder für eine Abstimmung zu gewinnen sein werden. Das Problem beschränkt sich nicht auf Hamburg und hat komplexe Ursachen. Dennoch soll nach Meinung der SozialdemokratInnen in einem ersten behutsamen Schritt versucht werden, die politischen Institutionen und die WählerInnen einander wieder nahezubringen. Dazu sollen unzumutbare Verhältnisse in den Wohnquartieren von den dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern selbst definiert werden. Vorschläge zu ihren Lösungen - von den unmittelbar Betroffenen entwickelt - sollen direkt zur politischen Entscheidung gebracht und diese dann unverzüglich umgesetzt werden.

Die sozialdemokratische Handschrift in der politischen Zielsetzung wird nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition deutlich erkennbar. Als Maßstab für die verschiedenen Bereiche städtischer Politik ist sie aber noch zu unbestimmt und erfordert

weitere Präzisierung. Das gilt insbesondere dann, wenn es an den harten Kern von Politik geht, um den Haushalt oder genauer: um die Verteilung knappen Geldes.

Auf Antrag der SPD-Fraktion ersuchte die Bürgerschaft im September 1991 den Senat zu berichten, inwieweit im Entwurf für den Haushaltsplan 1992 vorrangig Mittel für Maßnahmen bereitgestellt werden, die geeignet sind, die Lebensverhältnisse in den regionalen-sozialen Brennpunkten der Stadt zu verbessern.

Mit der Vorlage des Haushaltplanentwurfs für 1992 (vgl. Drs. 14/850, Anlage 3) hat der Senat hierzu ausführlich Stellung genommen.

Der Senat definiert:

"Die regional-sozialen Schwerpunktbereiche sind die Ortsteile, Siedlungen oder Quartiere mit einer räumlichen Konzentration besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen (hinsichtlich ihrer gesamten Lebensumstände, d. h. ihrer materiellen, Bildungs- und Arbeitssituation wie ihrer sonstigen Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben) in besonders ungünstigen Ortslagen (hinsichtlich der Wohnungs- und Wohnfeldsituation, die sich wiederum benachteiligend auf die Lebensumstände der Bewohner auswirkt)..."

In bestimmten Quartieren gibt es eine Konzentration von Problemen wie Dauerarbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit, Rückgang familiärer Bindungen, Vereinsamung, mangelnder Lebensperspektive, geringem sozialen Bewußtsein, Alkohol- und Drogenmißbrauch, Vandalismus, Gewalttätigkeit und Kriminalität. Die Kluft zwischen armen und reichen Stadtteilen hat sich in den letzten Jahren vergrößert. Für diese disparitäre Entwicklung gibt es zahlreiche empirische Befunde.

Bekanntermaßen haben weniger attraktive Wohnquartiere zwar ihre spezifischen Probleme, auf der anderen Seite haben sie aber auch

ihre eigenen Auffang- und Bearbeitungsmechanismen entwickelt. Dabei spielen z. B. die erheblich größere Toleranz gegenüber abweichendem Verhalten und solidarischer Nachbarschaftshilfe jenseits der mittelschichtstypischen Ethik individueller Verantwortlichkeit eine wesentliche Rolle. Es scheint aber eine nicht exakt bestimmbare Grenze der Belastbarkeit zu geben, bei deren Überschreiten dieses komplizierte informelle Netz aus Kommunikation, wechselseitiger Hilfe und Toleranz von Abweichungen überdehnt wird und reißt. Unter solchen Bedingungen werden dann auch die Alltagsregeln des Zusammenlebens der verschiedenen Gruppen im Quartier verletzt und mit dem zunehmenden Verfall verlässlicher sozialer Beziehungen resignieren schließlich auch jene stabilisierenden Kräfte, auf die jedes soziale Gebilde dringend angewiesen ist.

In bestimmten Stadtteilen konzentrieren sich Bevölkerungsgruppen, die aus verschiedensten Gründen nicht an einer allgemeinen Wohlstandsentwicklung teilhaben. In diesen ungünstigen Wohnlagen, die sich erneut ungünstig für die BewohnerInnen auswirken, findet eine Entwicklung statt, die wie in einer Spirale auf den neuralgischen Punkt zusteuert, an dem das Netz des sozialen Gefüges im Quartier zerreißt.

Die bewußte Wahlenthaltung und das einem in diesen Wohngebieten oft genug entgegengeschleuderte, "Uns reicht's!", sind alarmierende Warnzeichen. Hier gilt es anzusetzen.

2.2 Die Dokumentation der bisherigen Senatspolitik

Eindrucksvoll stellt der Senat dar (vgl. Drs. 14/850, Anlage 3), wie die unterschiedlichen Maßnahmen in benachteiligten und besonders belasteten Stadtteilen bereits dazu beitragen, ungleiche Lebensbedingungen zu vermeiden, abzumildern oder auszugleichen. Das Haushaltsvolumen beläuft sich auf 1.288.810.000 DM, immerhin 8,1 % des Gesamtetats der Stadt.

Auch eine Akzentverschiebung zugunsten einer auf sozial-regionale Schwerpunktbereiche orientierten Ausgabenpolitik wird deutlich: Im Haushaltsplanentwurf des Senats sind neue Maßnahmen in Höhe von 136.462.000 DM angeführt; das entspricht einer Steigerungsrate von 11,8 % bei einem Wachstum des Gesamtetats von 5,4 Prozent.

Selbst wenn die Zuordnung der einen oder anderen Maßnahme zu einem so akzentuierten Politikbereich im Detail diskussionswürdig bleibt, so bringt doch die vorgelegte Dokumentation eine bislang so nicht bekannte Transparenz in die Ausgabenstruktur der Stadt. Es wird deutlich, daß der Senat für Maßnahmen in den regional-sozialen Brennpunkten bereits erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt hat. Die Aktivitäten der Fraktion beziehen sich ausdrücklich auf diese Darstellung des Senats und auf seine Politik.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion begrüßt die Absicht des Senats, diese Politik zielstrebig fortzusetzen, sie in die Entwicklung des Haushaltsplanentwurfs für 1993 einfließen zu lassen und das analytische Instrumentarium zu verfeinern.

2.3 Ganzheitliche Betrachtung von Wohngebieten und Stadtteilorientierung als Instrumente einer Großstadtstrategie

Der Senat stellt zutreffend fest, daß sich die Unterschiede in der Qualität der Stadtteile und der Lebenslagen ihrer BewohnerInnen trotz einer allgemein eher günstigen wirtschaftlichen Entwicklung weiterhin vergrößert haben. Die negativen Ausdrucksformen dieser gesellschaftlichen Entwicklung wie Armut, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Suchtabhängigkeit u.a.m. lassen sich bestenfalls durch bundespolitische Maßnahmen bekämpfen. Daraus läßt sich ableiten, daß eine Spaltung der Gesellschaft in arm und reich auch in einer vom wirtschaftlichen Aufschwung begünstigten Stadt wie Hamburg mit dem hier zur Verfügung stehenden Mitteln allein nicht aufzuheben ist.

Die SozialdemokratInnen empfinden eine besondere Verpflichtung den sozial Schwachen gegenüber und müssen deshalb trotz aller Widrigkeiten versuchen, die Probleme in den Griff zu bekommen. So richtig der Hinweis auf Bonn ist, so unbestreitbar gibt es aber in der Stadt Probleme, die im Verantwortungsbereich der Hamburger Sozialdemokraten liegen oder sogar durch ihre Politik verursacht wurden, z.T. durch bereits sehr weit zurückliegende Entscheidungen.

Wenn jetzt Korrekturen vorgenommen werden, ist dabei zu berücksichtigen, daß die Maßnahmen zu nicht beabsichtigten Ergebnissen führen können. So kann z.B. die Verbesserung der Lebensqualität in ausgesuchten Stadtteilen dazu führen, daß lediglich die sozial schwachen BewohnerInnen zugunsten der Bessergestellten vertrieben werden.

Behutsames Vorgehen ist also gefragt, zumal Instrumente, die in Zeiten des Wohnungsüberhangs zur Verfügung standen, heute nicht mehr greifen. Eine sozial-regional orientierte Großstadtstrategie hat deshalb zunächst von den Bedürfnissen und Wünschen vor Ort auszugehen. Problemlösungen können nur in Zusammenarbeit mit den dort lebenden Menschen erarbeitet werden.

2.4 Vorgehensweise der Fraktion bei den Haushaltsberatungen 1992

Für die Haushaltsberatungen 1992 hat die SPD-Bürgerchaftsfraktion mit folgendem Handlungsansatz gearbeitet:

1. Die Abgeordneten entwickelten in den Arbeitskreisen, die in ihrer Struktur an die fachpolitisch orientierten Parlements-ausschüsse angelehnt sind, Anträge zur Ergänzung oder Änderung des Haushaltplanentwurfs. Mit diesem gängigen Weg war für 1992 verbunden, vorrangig Maßnahmen für soziale Brennpunkte zu berücksichtigen.

2. Entschiedener als sonst üblich wurden die abweichenden Voten der Bezirksversammlungen gem. § 17 Bez.VerwG bei vom Senat unberücksichtigten Anforderungen aus den Bezirken überprüft. Darüber hinaus analysierten die Abgeordneten in sieben regionalen Arbeitskreise die im Bericht des Senats erwähnten Bezirksberichte und entwickelten daraus haushaltswirksame Anträge.

(Die Ergebnisse sind in Kapitel 3 ff. dargestellt.)

3. Für drei Stadtgebiete, aus denen durch vorausgegangene Gespräche mit Bezirksabgeordneten und Distriktvorsitzenden örtliche Probleme systematisch erfaßt und Lösungsansätze erarbeitet waren, sind zeitlich begrenzte, mit besonderen Instrumenten ausgestattete Pilotprojekte entwickelt worden.

(Die Vorstellungen zu den Stadtgebieten Dulsberg, Jenfeld und Westliche Innere Stadt sind in Kapitel 4.2, 4.3 und 4.4 dargestellt.)

3 Maßnahmen in regional-sozialen Schwerpunkten

Mit seinem Bericht über Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtteilentwicklung (vgl. Drs. 14/850, Anlage 3) dokumentiert der Senat nicht nur seine Aktivitäten, sondern er kündigt zugleich an,

- a) ein sozialstatistisches Indikatorensystem für die Benennung und Abgrenzung sozial-regionaler Schwerpunktbereiche entwickeln
- und
- b) im Herbst 1992 der Bürgerschaft einen fortgeschriebenen Bericht vorlegen zu wollen.

Dabei sollen insbesondere auch Erfahrungen aus den Bezirken in neue Handlungskonzepte einbezogen werden.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat die Berichte aus den Bezirken systematisch ausgewertet und auch auf Auswirkungen bereits für den Haushalt 1992 hin überprüft.

3.1 Verzicht auf räumliche Abgrenzungen und Prioritätenbildung nach sozialstatischen Indikatoren

Im Sinne einer Gesamtrationalität wäre es denkbar, die Haushaltsentscheidungen an eine Liste objektiv feststellbarer Indikatoren zu orientieren. Auf eine detaillierte Prioritätenbildung, in welcher Rangfolge Stadtteile als benachteiligt bzw. besonders belastet gelten müssen, hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion verzichtet, da darüber kaum Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Die Schwerpunktsetzung beinhaltet aber die Entscheidung, daß andere Stadtteile mit sozial stabileren Bedingungen zurückstehen müssen und ebenso solche fachpolitischen Forderungen, die sich nicht auf das vorgegebene Ziel hin orientieren, die Lebensverhältnisse in den sozial-regionalen Schwerpunktbereichen zu verbessern.

Unabhängig davon begrüßt die SPD-Fraktion die Absicht des Senats, zu einem verfeinerten analytischen System zu gelangen. Sie wird ihn ausdrücklich in seinem Vorhaben unterstützen, weitere Handlungskonzepte für die folgenden Haushaltsjahre und auch für die mittelfristige Finanzplanung zu entwickeln.

3.2 Übergreifende Problemlagen

Die bezirklichen Berichte schildern auch Problemlagen, denen mit den üblichen haushaltswirksamen Anträgen durch die Fraktion nicht begegnet werden kann - schon weil sie den Rahmen kurzfristig finanzpolitischer Korrekturen am Haushaltsplanentwurf sprengen würden.

3.2.1 Wohnraumversorgung und räumliche Verteilung

In den letzten Jahren erlebt Hamburg einen spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung. Die Zahl der Arbeitslosen ist von ehemals über 100.000 auf etwa 60.000 gesunken. In der Folge und verstärkt durch eine weltweite Wanderungsbewegung strömen immer mehr Menschen in die Stadt. Die wachsende Bevölkerungszahl wirft quantitative Probleme der Wohnraumversorgung auf und verschärft regionale Ungleichgewichte.

Mit dem Haushaltsplan 1992 und der mittelfristigen Investitionsplanung hat der Senat die Weichen für den Bau von jährlich 5.100 öffentlich geförderten Miet- und Eigentumswohnungen gestellt. Zusätzlich wird mit jährlich 900 neuen freifinanzierten Wohnungen gerechnet. In Kreisen der Bauwirtschaft wird damit die Grenze des Machbaren etwa als erreicht betrachtet. Höhere Zielzahlen nützen deswegen nichts, weil Mehraufträge bei ausgelasteten Kapazitäten nur noch in die Preise gingen.

Das Neubauvolumen reicht nicht, um die zahlreichen Zuwanderer unterzubringen und die Wohnbedarfe der nachwachsenden Generation zu befriedigen. Andererseits haben sich die 1,6 Mio Einheimischen in dem Wohnraum, der einst für 1,8 Mio Einwohner reichte, fest eingerichtet: Pro Kopf der Wohnbevölkerung stehen inzwischen sagenhafte 35 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung! Die gut verdienende Bevölkerung wendet erhebliche finanzielle Mittel auf, um sich einen hohen Wohnstandard zu sichern. Freiwerdende

Wohnungen führen nicht zu Mietsenkungen, denn es stehen immer genügend BewerberInnen von außerhalb bereit, die Hamburg attraktiv finden und noch höhere Mieten zahlen können und wollen.

3.2.1.1 Die Unterbringung der wohnungslosen Bevölkerung

Für die Aussiedler und Asylbewerber stehen in Hamburg folgende Unterbringungskapazitäten bereit:

Träger der Unterbringung	Plätze
<u>Landesbetrieb Pflegen u. Wohnen</u>	
Aussiedler	4.800
Asylbewerber	
in Einrichtungen	2.800
Erstaufnahme	1.000
	3.800
<u>Bezirke:</u>	
Aussiedler	3.350
Asylbewerber	
in Einrichtungen	3.500
in Hotels	4.400
	<u>7.900</u>
Gesamtkapazität	19.850

Derzeit sind zwei bedeutende Schwerpunkte der Unterbringung im Stadtgebiet hervorzuheben:

- Im Bezirk Altona und hier im Stadtteil Ottensen befinden sich fünf Schiffseinheiten mit insgesamt über 2.000 Plätzen zur Unterbringung aller Zuwanderergruppen. Darin enthalten sind die Aufnahmeeinrichtungen Bibby Endeavour und Flotel Europa. Dort finden neu eingereiste Asylbewerber Unterkunft bis die Verteilungsentscheidung gefallen ist. Während dieser Zeit erhalten sie Gemeinschaftsverpflegung und Taschengeld. Damit ist in diesem Stadtteil die mit Abstand höchste Unterbringungsichte erreicht.

- Der Bezirk Hamburg-Mitte ist Brennpunkt der Hotel- und Pensionsunterbringung. So befanden sich hier am 30.08.1991 2.392 als Asylbewerber eingestufte Personen in dieser Unterbringungsform, insgesamt im Bezirk Mitte einschließlich anderer wohnungsloser Personengruppen rd. 4.300 Personen in Hotelunterbringung. Die Schwerpunkte befinden sich kleinräumig betrachtet in den Häusern im Schatten des Hauptbahnhofes und in St. Pauli.

Die regionale Verteilung der so untergebrachten Bevölkerungsgruppen ist ungleichgewichtig:

Bevölkerung - November 1991

Bezirke	3.10.1990	Aussiedler	Asylbewerber
Mitte	14,29 %	33,88 %	32,99 %
Altona	14,16 %	17,74 %	21,88 %
Eimsb.	14,03 %	5,13 %	8,81 %
Nord	16,89 %	10,79 %	12,48 %
Wandsbk.	23,39 %	15,03 %	9,29 %
Berged.	5,96 %	10,08 %	2,89 %
Harburg	11,24 %	7,32 %	11,62 %

Die Bürgerschaftsfraktion der SPD begrüßt deshalb ausdrücklich das Programm des Senats, hier zu Entzerrungen und gleichmäßigen Belastungen zu kommen.

Die sozialpolitische Priorität liegt in einem umfangreichen Neubauprogramm spezieller Wohnunterkünfte für Aussiedler. Dementsprechend werden in Hamburg neben der schon seit 1983 betriebenen Einrichtung in Borgfelde derzeit 5 weitere Neubauvorhaben realisiert, und zwar in den Stadtteilen Winterhude, Eidelstedt, Wandsbek, Osdorf und Langenhorn; davon sollten mindestens 4 im Laufe des Jahres 1992 bezogen werden. Zur Vervollständigung des Programms verfolgt die BAGS noch die Planung auf ein bze. zwei weiteren Flächen. Es werden dann bis zu 8 Neubaeinrichtungen für durchschnittlich 250 Bewohner, insgesamt also eine Endkapazität von 1.750 - 2.000 Plätzen zur Verfügung stehen. Die Neu-

baulösung hat vor allem auch den Vorzug, daß sie das Wohnungsbauprogramm ergänzt und zu späteren Zeitpunkten dem allgemeine Mietwohnungsmarkt zugeführt werden kann. Außerdem werden jeweils mit den neuen Unterkünften auch zusätzliche Kindertagesheimplätze geschaffen.

Die in den Jahren 1990 und 1991 errichteten 5 großen Pavillon-siedlungen für Aussiedler in den Stadtteilen Poppenbüttel, Bergedorf, Langenbek, Groß Flottbek und Neugraben-Fischbek erbringen ein Platzvolumen von gut 2.400 Plätzen. Weitere Pavillon-siedlungen für den Personenkreis der Aussiedler sind nicht mehr geplant. Spätestens ab 1993 werden somit in den 12 bis 13 genannten Objekten rd. 4.000 Plätze bereitstehen. Sie werden ausschließlich vom Landesbetrieb Pflegen & Wohnen betrieben.

Alle anderen Platzkapazitäten für Aussiedler in den Bezirken werden dann voraussichtlich nicht mehr benötigt, so daß mit Vorrang ihre Umnutzung für eine Belegung mit Asylbewerbern zu prüfen ist.

Asylbewerber in Hotels und Pensionen unterzubringen (ca. 4.400 Personen) ist prinzipiell nur in Spitzenbelastungszeiten vertretbar, denn diese Form der Unterbringung ist teuer und belastet einseitig Stadtteile im Bezirk Mitte. Diese Fehlentwicklung soll korrigiert werden.

In einem ersten Schritt werden die Bezirke frei werdende Aus-siedlereinrichtungen ausschließlich mit Asylbewerbern aus Hotels und Pensionen belegen. Das gibt natürlich nur dort Sinn, wo Hotels und Pensionen nicht erneut belegt werden.

Eine Prüfung der Verträge angemieteter Objekte hat ergeben, daß die Umnutzung von rd. 1.000 Plätzen nach Vertragslage möglich ist. Schwieriger wird es jedoch sein, im nachbarschaftlichen Umfeld Akzeptanz für eine Belegung mit Asylbewerbern zu erreichen.

Aus Gründen der Minimierung dieser sozialen Konfliktpotentiale sollten Pavillonsiedlungen und andere Objekte zur vorübergehenden Unterbringung von Asylbewerbern konzipiert werden und eine ausgewogene regionale Verteilung gemäß den Bevölkerungszahlen das wesentliche Kriterium der Entscheidung für Flächen und Objekte bleiben.

Im Interesse einer gleichmäßigen Belastung ist der Bau von 10 Pavillondörfern für Asylbewerber mit je 150 bis 200 Plätzen pro Dorf vorgesehen, und zwar in:

Wandsbek	3 Dörfer
Eimsbüttel	2 "
Bergedorf	2 "
Harburg	1 Dorf
Harburg-Nord	1 "
Harburg-Mitte	1 "

Die Standorte stoßen in Teilen der Bevölkerung auf Widerstand. Andererseits haben sich aber auch Bürgerinnen und Bürger zusammengefunden, die beherzt die Konflikte aufgreifen und mit ihrem Engagement das Umfeld für eine gute Nachbarschaft bereiten. In diesen Initiativen arbeiten Sozialdemokraten aktiv mit.

3.2.1.2 Einfluß auf die Sozialstruktur durch Belegungspolitik

In allen Berichten aus den Bezirken spiegelt sich die Enttäuschung darüber wieder, daß es nicht gelungen ist, über Kriterien für die Vergabe von Sozialwohnungen zu einer stabilen Sozialstruktur in den Wohnquartieren zu gelangen. Beeinflussbar wäre lediglich die Belegung frei werdender Wohnungen im Sozialwohnungsbestand (ca. 210.000 Wohnungen von etwa 780.000 Wohnungen in Hamburg insgesamt). Aus Belegungsbindung laufen fortwährend Wohnungen nach Tilgung der staatlichen Förderung aus.

Auslaufen von Bindungen bei Sozialwohnungen/Sozialwohnungsbestand

Jahr	Sozialwohnungsbest. We per 31.12.	auslaufende WE insges.
1991	235.220	21.780
1992	210.457	24.763
1993	187.386	23.071
1994	176.135	11.251
1995	168.893	7.242
1996	155.696	13.197
1997	146.947	8.749
1998	143.741	3.206
1999	143.236	505
2000	142.521	715
Summe		114.479

Der instrumentale Charakter der Belegungspolitik, bei etwa 4 % Fluktuation in einem kleiner werdenden Wohnungsbestand, verliert somit weiter an Bedeutung.

In der Regel werden 60 % der Wohnungen von den Wohnungseigentümern an Berechtigte vergeben (WS-Wohnungen) und 40 % durch das Wohnungsamt (WA-Wohnungen). In den letzten Jahren haben die Wohnungsämter fast ausschließlich Wohnungen an dringlich Unterzubringende vergeben können, unter ihnen vor allem jene, die auf Kosten der Stadt öffentlich rechtlich in Hotels oder Gemeinschaftsunterkünften untergebracht waren, also Aussiedler.

Die Vergabe von Wohnungen an Aussiedler stößt oft auf Kritik bei den Bevölkerungskreisen, die für sich oder ihre Kinder auf mietgünstige Sozialwohnungen angewiesen sind und lange warten müssen. Allerdings zeigt sich in Hamburg in den letzten 2 Jahren eine neue Entwicklung.

Dringlichkeits- und §-5-Scheine für Wohnungssuchende

Jahr	Erteilte Bescheinig.	Untergebrachte Dringlichkeitsf.	in %
1989	19.561	9.317	47,6
1990	11.823	7.693	65,1
1991	9.994	6.556	65,6

Jahr	Erteilte Bescheinig.	Vergebene Wohnungen an §-5-Schein-Inh.	in %
1989	28.008	8.716	31,1
1990	22.276	4.917	22,1
1991	23.086	5.730	24,8

Jahr	Vergeb. Wohnungen	an §-5-Schein Inhaber	in %
1989	18.033	8.716	48
1990	12.610	4.917	39
1991	12.286	5.730	47

Diese Relation ergibt sich insbesondere dadurch, daß bei den städtischen Wohnungsgesellschaften auch die vom Eigentümer zu vergebende Quote bevorzugt an Dringlichkeitsschein-Inhaber geht.

Da der Wohnungsbestand wegen rechtlicher Bindungen und schwindender Quantitäten kaum einer Steuerung zugänglich ist, konzentrierten sich die Überlegungen auf eine sachgerechte Vergabe der neu errichteten Sozialwohnungen. Die Diskussion führte schließlich zu folgendem Ergebnis:

1. Im Wohnungsneubau werden WA- und WS-Wohnungen jeweils zu 50 Prozent gebunden.

2. Bei Neubauvorhaben von mehr als 400 Wohnungen werden von dem WA-Wohnungsanteil 30 % für Dringlichkeitsscheininhaber vergeben.
3. Im Sozialwohnungsbestand können WA-Bindungen in Sozialen Brennpunkten auf Wunsch der Eigentümer gegen Bindungen in sozial nicht belasteten Gebieten getauscht werden. Für Neubauten gilt diese Regelung ab Zweitbezug.

3.2.1.3 Korrektur der Fehlförderungsabgabe

Angesichts der derzeitigen Situation auf dem Wohnungsmarkt aber auch im Hinblick auf die aktuelle Rechtsprechung hamburgischer Gerichte, die die derzeit geltenden Regelungen zum Abbau von Fehlfördertatbeständen als verfassungsrechtlich bedenklich eingestuft haben, hält die SPD-Fraktion eine Fortentwicklung der Fehlförderungsabgabe für notwendig.

Im Gegensatz zu den Vorschlägen der Oppositionsfraktionen wird jedoch nicht ein Abkassieren bei den Sozialmietern mit geringem Einkommen angestrebt, sondern eine sozial verträgliche wohnungs- und stadtentwicklungspolitisch vernünftige Regelung.

Die SPD-Fraktion ersucht deshalb den Senat, die Fehlförderungsabgabe unter Berücksichtigung folgender Eckwerte fortzuschreiben:

1. Die durch die Neuregelung der Fehlförderungsabgabe erzielten Mietbelastungen (Miete plus Fehlförderungsabgabe) dürfen die Mittelwerte des Mietspiegels nicht übersteigen.
2. Die Leistungspflicht für eine Fehlförderungsabgabe darf nicht bereits bei geringer Überschreitung der seit Jahren unveränderten Einkommensgrenzen einsetzen. Die Fehlförderungsabgabe soll daher wie bisher erst bei einer Über

schreitung der geltenden Einkommensgrenzen von 50 % erhoben werden.

Hinweis:

Derzeit geltende bundesgesetzliche Einkommensgrenzen für die Vergabe von Sozialwohnungen (Normalfall):

Ein-Personen-Haushalt: 1800 DM
 Zwei-Personen-Haushalt: 2650 DM
 Drei-Personen-Haushalt: 3320 DM
 Vier-Personen-Haushalt: 3984 DM

3. Die Fehlförderungsabgabe sollte differenziert nach dem Ausmaß des Übersteigens der Einkommensgrenzen gestaffelt werden. Bei extremer Überschreitung der Einkommensgrenzen sollte eine höhere Abgabe gezahlt werden als bei nur geringem Übersteigen der Einkommensgrenzen.
4. Die Fehlförderungsabgabe muß die sozialen Problemlagen in den Wohnquartieren berücksichtigen. Bei der Fortschreibung der Fehlförderungsabgabe ist deshalb zu prüfen, ob und inwieweit bestimmte Wohnquartiere von der Regelung ausgenommen werden können.

Dieses Modell stellt sicher, daß der "Kleine Mann" von der Neuregelung nicht betroffen sein wird. Gleichzeitig verhindert die an den Mittelwert des Mietenspiegels angelehnte Kappungsgrenze zu große und unverhältnismäßige Mietsprünge.

Die Neuregelung gewährleistet zudem, daß Ausnahmeregelungen von der Fehlförderungsabgabe als Steuerungselement für die Stadtteilentwicklung in den "sozialen Brennpunkten" erhalten bleiben.

3.2.2 Schulische Versorgung und Kinderbetreuung

Für Familien mit Kindern stellt sich die Entscheidung für den Verbleib in einem Quartier mit besonderer Belastung oft als schwerwiegendes Problem heraus, weil die Gründe für ein Verbleiben im sozialen Milieu abzuwägen sind mit den Bildungschancen ihrer Kinder. Dabei spielen die sprachlichen Defizite der Ausländerkinder eine große Rolle. Bei zu hohem Ausländeranteil in den Klassen werden Nachteile für das eigene Kind befürchtet.

Die Senatspolitik greift durch gezielte Personal- und Sachmittelzuweisungen sowie strukturelle Entscheidungen wie Standortwahl bei Ganztangsschulen oder Vorschulklassen ausgleichend ein. Allein für Schulen mit hohem Ausländeranteil stehen über reguläre Bedarfsummessung hinaus nicht weniger als 898 Lehrerstellen zur Verfügung (vgl. Tabelle Nr. 2, Anhang).

Die Schwerpunktsetzung der SPD-Fraktion im Bereich der schulischen Versorgung ist eine nahtlose Anknüpfung an die Politik des Senats. Besonders wichtig ist dabei die Verbesserung der personellen Ausstattung von Schulbüros in Schulen mit hohen Ausländeranteilen sowie eine bessere sozialpädagogische Betreuung der Kinder an insgesamt 12 Hamburger Schulen in sozialen Brennpunkten (Näheres wird unter 3.3.1.1 dargestellt).

Auch im Bereich der Kinderbetreuung folgen Senat wie SPD-Fraktion sozialen Kriterien.

Die sozialpolitische Orientierung des Senats hat sich bisher auf folgende Punkte ausgewirkt:

- Die Struktur des Gesamtangebotes, insbesondere in Hinblick auf den Ausbau von Ganztageseinrichtungen und Krippen,

- die regionale Verteilung der Einrichtungen nach den im Kindertagesstättenbedarfsplan III von 1991 genannten Prioritätsgebieten und als Wohnfolgeeinrichtungen in großen Neubausiedlungen sowie
- die personelle und sächliche Ausstattung von Kindertageseinrichtungen, so z.B. in sämtlichen Kindertagesheimen des Stadtteils Wilhelmsburg.

Der Senat hat für sein Ausbauprogramm an Kinderbetreuungsplätzen die volle Unterstützung der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Obgleich es auf Grund der Schwierigkeiten, geeignete Räume und z.T. geeignete Grundstücke, zu finden, nicht immer einfach ist, den Ausbau mit der nötigen Geschwindigkeit voranzutreiben, sind allein 1991 2500 neue Betreuungsplätze geschaffen worden. Auch für 1992 zeichnet sich ab, daß die 2600 im Haushalt finanzierten zusätzlichen Plätze auch realisiert werden können. Die Absicht des Senats in dieser Legislaturperiode 10.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze zu schaffen, kann verwirklicht werden, wenn auf dem bisherigen Weg konsequent vorangeschritten wird.

Für die Betreuung von Schulkindern in Hortgruppen der städtischen Kindertagesstätten sowie entsprechenden Einrichtungen freier Träger in sozialen Brennpunkten setzt die SPD-Fraktion ein besonderes Signal (Näheres wird unter 3.1.1.1 dargestellt).

3.2.3 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und soziale Infrastruktur

Auf Veranlassung des Bundeswirtschaftsministers Möllemann (FDP) ist der Etat 1992 der Bundesanstalt für Arbeit für ABM in den westlichen Bundesländern drastisch gekürzt worden. Konnten für Hamburg 1991 noch 213 Mio DM an BA-Mitteln für ABM-Neubewilligungen ausgegeben werden, so sollen es für 1992 nur noch 61 Mio DM sein - dies entspricht einer Kürzung von über 70 %. Sinnvolle Projekte werden gestoppt.

Zwar hat sich die Gesamtsituation auf dem Hamburger Arbeitsmarkt in den vergangenen vier Jahren deutlich verbessert. Gleichwohl bleibt der Arbeitsmarkt für Problemgruppen schwierig. Dies trifft insbesondere auf die Situation der Langzeitarbeitslosen zu, die als Leistungsempfänger beim Arbeitsamt Hamburg registriert sind.

Es sind dies

- 5.500 Personen 50 Jahre und älter
- 7.300 Personen 45 Jahre und älter
- 4.000 Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen
- 700 Schwerbehinderte
- 8.000 Arbeitslose ohne abgeschlossene Berufsausbildung
- 5.200 Ausländer ohne Ausbildung
- 3.700 Jugendliche.

Über die Bundeskürzungen im Bereich der allgemeinen ABM hinaus hat das Landesarbeitsamt Nord drastische Einsparungen im ABM-Sonderprogramm für ältere Arbeitslose angekündigt:

- Absenkung der Regelförderung um mindestens 5 %
- Absenkung der jährlichen Degression um ebenfalls 5 % pro Förderungsjahr
- keine Neubewilligung einschließlich Verlängerung für 1992.

Mit diesen Entscheidungen wird der Beschäftigungspakt aufgekündigt, in dessen Rahmen die Stadt und das Arbeitsamt Hamburg eine Struktur geschaffen haben, die immerhin sonst 5.954 Arbeitslosen (davon 4.354 ABM und 1.600 LKZ, Stand: Ende März 1992) Beschäftigung gab. Zwar wurden auch mit den Beschlüssen der SPD-Fraktion, wie jedes Jahr, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in eine Zuwendungsfinanzierung durch den Hamburger Haushalt umgewandelt. In 1992 betrifft das immerhin 27,5 Stellen mit Gesamtjahreskosten von DM 1.878.700 bei 22 Trägern (vgl. u.g. Tabelle).

Fraktionsanträge, mit denen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in eine Zuwendungsfinanzierung umgewandelt werden

Träger	Stellen	Jahreskosten
Opferhilfe e.V.	2X BAT IIa	163.000.--
Integrationshilfen e.V. für Haftentlassene	BAT IIa BAT Vc	160.000.--
Amnesty for Women	BAT IVb	62.000.--
Notruf für vergewaltigte Frauen	BAT IVb	62.000.--
Hilfe und Beratung für bi-kulturelle Ehen	BAT IIa 1/2 BAT Vb	81.000.-- 28.000.--
Stadtteilladen Eimsbüttel	2X BAT Vb/IVb	128.000.--
Initiative Spielplätze und Freizeit e.V. Langenhorn-Heidelberg	BAT Vlb/Vc	51.900.--
Jugendtreff Grunewaldstraße	BAT Vc	53.400.--
Jugendclub "Blechbox" Treffpunkt der Jugend in Harburg-Süd	BAT Vlb/Vc	51.900.--
Kleiderkammer der Arbeitsloseninitiative in der Emmausgemeinde in Wilhelmsburg e.V.	BAT Vlb/Vc	51.900.--
Charon - Beratungsstelle für schwerkranke und sterbende Menschen, ihre Angehörige, Freunde und berufl. HelferInnen	BAT IIa 2X BAT Vb/IVb BAT Vlb	250.300.--
Beratungsstelle für ältere Menschen und ihre Angehörige, Träger: Die Brücke - Verein für soziale Hilfen e.V.	BAT IV b	62.400.--
Männer gegen Männergewalt	1/2 BAT IIa	40.000.--
Behindertenarbeitsgemeinschaft Harburg e.V.	BAT IV a	71.200.--

Träger	Stellen	Jahreskosten
Landesverband der Gehörlosen e.V.	BAT VIb	48.800.--
Solidarische Psycho- soziale Hilfe e.V.	BAT IIa BAT IVb	126.000.--
Magnus-Hirschfeld-Centrum		110.000.--
Umweltzentrum Karlshöhe	BAT IIa	81.500.--
Naturschutz Informationshaus Duvenstedter Brook	BAT Vb	57.000.--
Mieterverein Horner Geest	1/2 BAT Vc	26.000.--
Abenteuerspielplatz Eimsbüttel-Nord e.V.	BAT VIb	50.000.--
Suchtpräventionsprojekt "Laß 1000 Steine rollen"	BAT IVb	62.400.--
<hr/>		
22 Träger	26 Stellen plus 3 x 1/2 Stellen	1.878.700.--

Trotzdem ist klar, daß die durch Beschlüsse in Bonn, Nürnberg und Kiel gefährdeten Projekte nicht über eine Haushaltsfinanzierung zu sichern sind. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird deshalb zu den Haushaltsberatungen im Parlament beantragen, die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft hält die Kürzungsbeschlüsse der Bundesregierung im ABM-Bereich für sachlich ungerechtfertigt und angesichts der weiterhin hohen Zahl registrierter Arbeitsloser für einen schweren politischen Fehler.
2. Es ist Ländern und Gemeinden objektiv unmöglich, finanziell in die Bresche zu springen, wenn sich der Bund aus seiner Pflicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zurückzieht.

3. Der Senat wird nachdrücklich in seiner Initiative unterstützt, die Rücknahme der Sparbeschlüsse der Bundesregierung und die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes für die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zu erreichen.
4. Die vom Landesarbeitsamt Nord in eigener Verantwortung vorgenommenen Kürzungen im Sonderprogramm für ältere Arbeitslose müssen aufgehoben werden. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, alle dafür geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Der Vertrauensschutz sowohl gegenüber den betroffenen älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern selbst, als auch besonders gegenüber den privaten Anstellungsträgern würde größtenteils verletzt, wenn 1992 nicht einmal mehr Verlängerungsmaßnahmen beschlossen würden; dagegen ist u. U. auch juristisch vorzugehen.
5. Die Bürgerschaft läßt den vom Senat für 1992 für ABM beantragten Mittelansatz ausdrücklich deswegen ungekürzt, damit deutlich wird, daß bei einer Rücknahme der Bonner Sparbeschlüsse für ABM in Hamburg die entsprechenden Komplementärmittel ungeschmälert zur Verfügung stehen.
6. Dort, wo die Bürgerschaft bei der Beschlußfassung über den Haushalt 1992 nach auslaufenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Projekte mit Personalstellen in die Finanzierung durch den Hamburger Haushalt übernimmt, wird die Finanzierung durch Streichung bei den hamburgischen Mitteln im Deckungskreis für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gedeckt.
7. Der Senat wird ersucht, bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 1993 in allen betroffenen Ressorts zu prüfen, ob Projekte und Initiativen, die zukünftig wegen Bonner Mittelkürzung oder wegen veränderter Arbeitsmarktlage nicht mehr als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fortgeführt werden können, in das Leistungsangebot der Stadt übernommen werden können oder im Einzelfall übernommen werden müssen.

8. Der Senat wird weiter ersucht, bei der Veranschlagung von Kassenmitteln und/oder Verpflichtungsermächtigungen für 1993 dafür Sorge zu tragen, daß Mittel der Bundesanstalt für Arbeit durch entsprechende Bereitstellung hamburgischer Komplementärmittel voll ausgeschöpft werden können.
9. Für die Konzeptionierung der Arbeitsmarktpolitik für Hamburg wird der Senat ersucht, die Aktivitäten 1993 noch stärker auf jene Gruppen von Arbeitslosen hin zu konzentrieren, deren Vermittlungshemmnisse ohne Qualifizierung und Anleitung sonst weiterhin den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren würden.

3.3 Haushaltsbeschlüsse der Fraktion

In Ergänzung der vom Senat in seinem Bericht über die Verbesserung der Stadtteilentwicklung referierten zahlreichen Maßnahmen bringt die SPD-Bürgerschaftsfraktion zum Haushaltsplan 1992 Anträge ein, mit denen 8,1 Mio. DM in die sozialen Brennpunkte hinein verteilt werden.

3.3.1 Stadtteilübergreifende Schwerpunkte

Wenn sich die sozialen Rahmenbedingungen für die Bewohnerinnen und Bewohner eines Quartiers verschlechtern, sind die Schwächeren besonders benachteiligt. Die SPD-Anträge zielen deshalb besonders auf Verbesserungen der Situation von Kindern und Frauen.

3.3.1.1 Besondere Maßnahmen für Schulen, Kinderhorte und Spielplätze

In den Bereichen Schule, Kindergärten und Spielplätze wird die SPD-Fraktion der Bürgerschaft eine Reihe von Anträgen zur Beschlußfassung vorlegen.

Die Wahrnehmung von Aufgaben der Erziehung und Betreuung in den Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen ist in den sozialen Brennpunkten ungleich schwieriger als in den übrigen Teilen der Stadt. Die Aufgabenstellung und die damit verbundenen höheren Belastungen und Zeitaufwendungen erfordern deshalb in den sozialen Brennpunkten eine in der Regel stärkere Personalausstattung.

Diesem Umstand soll durch folgende Maßnahmen Rechnung getragen werden:

Schulen

Es sollen 12 zusätzliche Stellen für Sozialpädagogen und -pädagoginnen an 11 Grund-, Haupt- und Realschulen sowie an einer Gesamtschule in den sozialen Brennpunkten bereitgestellt werden.

11 Stellen bei folgenden GHR-Schulen:

Schule Laeiszstr., Karolinenviertel
 Schule Billbrookdeich, Billbrook
 Schule Rotenhäuser Damm, Wilhelmsburg-West
 Schule Friedrichstrasse, St. Pauli-Süd
 Pestalozzischule, St.Pauli-Nord
 Heinrich-Wolgast-Schule, St.Georg
 Schule Norderstrasse, Hammerbrook
 Schule Hermannstal, Horn
 Schule Arnkielstrasse, Altona-Nord
 Theodor-Haubach- Schule, Altona-Nord
 Schule Buddestrasse, Wilhelmsburg-Ost

und

1 Stelle Gesamtschule Max-Brauer in Altona.

Es soll jeweils eine halbe zusätzliche Sekretariatsstelle in den Schulbüros von sechs Haupt-, Grund- und Realschulen in Gebieten mit hohen Ausländeranteilen innerhalb der sozialen Brennpunkte bewilligt werden.

Besonders dringenden Bedarf haben derzeit folgende Schulen:

- Heinrich-Wolgast-Schule (St. Georg)
- Schule Königstr./Struenseestr. (Altona)
- Bunatwiete/Maretstr. (Harburg)
- Friedrichstrasse (St. Pauli-Süd)
- Pestalozzischule (St. Pauli-Nord)
- Billbrookdeich (Billbrook)

Kinderhorte

Es sollen 18 zusätzliche Stellen für Erziehungskräfte in 36 Hortgruppen von Kinderbetreuungseinrichtungen in sozialen Brennpunkten bereitgestellt werden.

Bei folgenden Kindertagesstätten wird bei den Hortgruppen pro Gruppe eine 1/2 Stelle ErzieherIn bewilligt:

KTH Hirtenstieg, Mümmelmannsberg, Vereinigung	4 Gruppen
KTH Franz-Marc-Str., Mümmelmannsberg, Vereinigung	2 Gruppen
KTH Kandinskyallee, Mümmelmannsberg, Vereinigung	4 Gruppen
KTH Mondrianweg, Mümmelmannsberg, Vereinigung	2 Gruppen
KTH Marckmannstr., Veddel, Vereinigung	3 Gruppen
KTH Uffelsnweg, Veddel, Vereinigung	2 Gruppen
KTH Wilhelmsburger Str. 71, Veddel, Diakon.Werk	1 Gruppe
KTH Struenseestr., Altona-Altstadt, Vereinigung	4 Gruppen
KTH Lange Str., Altona-Altstadt, Diakonisches Werk	1 Gruppe
KTH Schepler Str., Altona-Altstadt, Vereinigung	3 Gruppen
KTH Mannesallee 13, Wilhelmsburg, Diakonisches Werk	1 Gruppe
KTH Greifswalder Str., St. Georg, Vereinigung	3 Gruppen
KTH Paul-Rosen-Str., St. Pauli, AWO	1 Gruppe
KTH Simon von Utrecht Str. 83, St. Pauli, Caritas	1 Gruppe
KTH Budapester Str. 34, St. Pauli, Diakonisches Werk	2 Gruppen
KTH Simon von Utrecht Str. 113, St. Pauli, Caritas	2 Gruppen

	36 Gruppen

Spielplätze

Für die Grundinstandsetzung und Verbesserung von öffentlichen Spielplätzen in sozialen Brennpunkten der Bezirke Mitte, Altona, Nord, Harburg und Wandsbek sollen insgesamt 1.845.000 DM im Haushalt eingestellt werden. Damit werden Angebot und Ausstattung der Spielplätze in den sozialen Brennpunkten wesentlich verbessert. Die Mittel sind vorzugsweise wie folgt einzusetzen:

Spielplatz	Bezirk	DM
Traunspark	Mitte	80.000
Esmarch-/Billrothstr.	Altona	160.000
Ophagen	Altona	180.000
Heitmann-/Desenisstr.	Nord	100.000
Dulsberg Nord	Nord	250.000
Probsteier Str.	Nord	120.000
Augustenburger Ufer	Nord	110.000
Nordschleswiger Str./ Alter Teichweg	Nord	120.000
Von-Essen Str.	Wandsbek	80.000
Großloher Ring/Rahlstedt	Wandsbek	280.000
Neuenfelde/Seehofring	Harburg	365.000
Gesamt:		DM 1.845.000

Pflege öffentlicher Spielplätze

Um die Pflege und Absicherung der öffentlichen Spielplätze in der Innenstadt, St.Pauli und St.Georg zu verbessern, sollen nach dem Willen der SPD-Fraktion 88.000 DM zur Schaffung von vier Stellen BAT VIII/VII bereitgestellt werden.

Parkanten-Häuser

Die Instandsetzung der zwischen 20 und 30 Jahre alten "Parkantenhäuser" ist dringend geboten. Dafür sollen einmalig 120.000 DM durch Umschichtung bereitgestellt werden. Der Haushaltsausschuß hat auf Antrag der SPD-Abgeordneten eine entsprechende Empfehlung an die Bürgerschaft beschlossen.

3.3.1.2 Unterstützung von Opfern von Gewalt und sexuellem Mißbrauch

Scheinbar unauflösbare Konflikte entladen sich oft in Gewalt. Opfer sind meistens Frauen und Kinder. Projekte und Initiativen, die Mädchen und Frauen in Notsituationen wertvolle Hilfestellung leisten, sollen durch Anträge der SPD-Bürgerschaftsfraktion 1992 besonders gefördert werden:

Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e. V.

Die Unterstützung dieses Vereins ist besonders wichtig, weil er den Betroffenen telefonische und persönliche Beratung, Krisenintervention, längerfristige therapeutische Begleitung, therapeutisch angeleitete Gesprächsgruppen, Begleitung und Unterstützung im Prozeßverfahren und Zeugenbeistand bietet. Der Verein soll eine zusätzliche Stelle bekommen.

Amnesty for Women

Dieser Verein ist seit nunmehr 6 Jahren die einzige Anlaufstelle im norddeutschen Raum, die sich vom Frauenhandel, Sextourismus und Zwangsprostitution betroffener Frauen annimmt. Diese Arbeit soll durch Bereitstellung einer zusätzlichen Stelle sowie von Honorar- und Sachmitteln in Höhe von 22.000 DM gefördert werden.

Zündfunke e. V.

Zündfunke betreut als einziger Verein in Hamburg sexuell mißbrauchte Kinder unter 14 Jahren und hat darüber hinaus auch ein Konzept zur Prävention von sexuellem Mißbrauch erstellt, das in diesem Jahr in Hamburger Schulen und Kindergärten umgesetzt werden soll. Diese unverzichtbare Arbeit wird durch Bereitstellung von Sachmitteln in Höhe von 33.000 DM unterstützt.

Opferhilfe e.V.

Dem Verein Opferhilfe sollen Mittel für zwei BAT IIa-Stellen zeitanteilig zugewendet werden. Die Einrichtung besteht seit 1986 und arbeitet für Menschen, die Opfer von Gewalt geworden sind. Der Haushaltsausschuß hat auf Antrag der SPD-Abgeordneten eine entsprechende Empfehlung an die Bürgerschaft beschlossen.

Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen

Diese Organisation soll auf Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion ab 1.7.1992 mit einer BAT IIa-Stelle und einer halben BAT Vb-Stelle sowie 40.000 DM Sachmittel unterstützt werden.

Männer gegen Männergewalt

Die Arbeit der Initiative "Männer gegen Männergewalt" soll mit einer halben Stelle BAT-IIa ab 1.7.1992 und mit 20.000 DM für Sachmittel unterstützt werden.

1. und 2. Frauenhaus

Die Mittelausstattung des ersten und zweiten Frauenhauses soll der anderer Frauenhäuser angeglichen werden. Dazu werden 1992 113.000 DM (für je eine Stelle BAT IVa, Vc, und VII/VIb anteilig)

bereitgestellt. Der Haushaltsausschuß hat auf Antrag der SPD-Abgeordneten eine entsprechende Empfehlung an die Bürgerschaft beschlossen.

3.3.2 Regionale Schwerpunkte

Nach Bezirken gegliedert bringt die SPD-Bürgerschaftsfraktion darüberhinaus folgende haushaltswirksame Anträge ein:

3.3.2.1 Bezirk Hamburg Mitte

Betreuung Stadterneuerung

Um eine zügige Abwicklung der angewachsenen Stadterneuerungsaufgaben zu gewährleisten, ist eine personelle Verstärkung in den betroffenen Bezirksämtern und in der Stadtentwicklungsbehörde notwendig. Für den Bereich Hamburg Mitte beantragt die SPD-Fraktion deshalb Mittel für zwei technische Angestellte BAT IIa, die ab 1.7.92 neu eingestellt werden sollen. Davon werden vor allem die Stadterneuerungsgebiete St. Georg, St. Pauli und Mülhensmännchen profitieren.

Sanierungsgebiet Karolinenviertel

Um den besonderen stadtentwicklungspolitischen Problemen des Karolinenviertels gerecht zu werden bringt die SPD-Fraktion einen Antrag ein, in dem der Senat ersucht wird, das Sanierungsgebiet St. Pauli Nord/S3 (Karolinenviertel) als einen besonderen Schwerpunkt der klassischen Sanierungstätigkeit zu intensivieren.

Stadtentwicklung Rothenburgsort

Um insbesondere in dem Gebiet zwischen Billhorner Kanalstraße und Billwerder Deich die Wohnfunktion dieses Quartiers zu stärken sowie Infrastruktur und Wohnumfeld zu verbessern, soll die Stadtentwicklungsplanung mit hoher Priorität vorangetrieben werden. Zu diesem Zweck soll eine Stelle BAT III neu eingerichtet werden. Der Haushaltsausschuß hat auf Antrag der SPD-Abgeordneten eine entsprechende Empfehlung an die Bürgerschaft beschlossen.

Nachbarschaftsheim St. Pauli e.V.

Durch Bereitstellung von Sachmitteln in Höhe von 40.000 DM soll nach dem Willen der SPD-Fraktion die Durchführung von vier Drogenentzugsprojekten des Nachbarschaftsheims St. Pauli e.V. gefördert werde.

Haus der Jugend St. Pauli

Durch die zusätzliche Bereitstellung einer Sozialpädagogenstelle (BAT IVb) und zwei Erzieherstellen (BAT Vb) für insgesamt 88.000 DM sollen die dringend notwendige Wochenendöffnung des Hauses der Jugend St. Pauli ermöglicht werden.

Deutsch - ausländische Begegnungsstätte Billstedt/Horn

Die deutsch - ausländische Begegnungsstätte Billstedt/Horn wird, im Rahmen veranschlagter Mittel, besser abgesichert. Dies soll insbesondere durch Übernahme des Mehrbedarfs bei den laufenden Mietausgaben in Höhe von 48.000 DM ab 1993 geschehen. Der Haushaltsausschuß hat auf Antrag der SPD-Abgeordneten eine entsprechende Empfehlung an die Bürgerschaft beschlossen.

Stadtteilentwicklung Mümmelmannsberg

Für die Ausstattung der Marktfläche im Zentrumsbereich sowie die Schaffung einer behindertengerechten öffentlichen sanitären Anlage in der Nähe des U-Bahnhofes Kandinskyallee in Mümmelmannsberg hält die SPD-Fraktion die Bereitstellung von 500.000 DM für notwendig.

Volkspark Rothenburgsort

Um die Schaffung eines Stadtparks für Rothenburgsort, der allen Bevölkerungsgruppen vielfältige Erholungsmöglichkeiten bietet und die Grünflächenversorgung des Stadtteils erheblich verbessert, zu unterstützen, sollen 80.000 DM für die Planung bereitgestellt und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 160.000 DM eingerichtet werden.

Mädchenladen Veddel

Die SPD-Fraktion befürwortet die Schaffung einer Sozialpädagogenstelle (BAT IVb) durch Bereitstellung von 31.000 DM sowie 6.000 DM Sachmittel für den Mädchenladen Veddel. In Veddel leben sehr viele Menschen moslemischen Glaubens. Die Mädchen und jungen Frauen benötigen wegen ihrer Herkunft aus moslemisch-geprägten Ländern eine besondere Betreuung, damit sie sich in der westlichen Welt, die der Frau in der Gesellschaft eine völlig andere Rolle zuweist, zurechtfinden können.

Mittagstisch Schule Beltgens Garten

Die SPD-Fraktion ersucht den Senat, für die Einrichtung eines pädagogischen Mittagstisches an der Schule Beltgens Garten in Hamm-Mitte für den Schulbeginn im August 1992 zu sorgen.

Suchtpräventions - Projekt "Laß 1000 Steine rollen"

Für das suchtpräventive Netzwerk "Laß 1000 Steine rollen", das seit September 1990 im Stadtteil Mümmelmannsberg eine wichtige Funktion erfüllt, sollen Mittel für die Schaffung einer Sozialpädagogin (BAT IVb) sowie 6.000 DM für Einrichtungsbeschaffung zur Verfügung gestellt werden.

St. Georg - Haus der Jugend

Mit der bisherigen personellen Besetzung ist eine Wochenendöffnung des HDJ St. Georg nicht durchführbar. Diese ist jedoch dringend geboten, weil es in diesem Stadtteil am Wochenende keine sonstigen nicht-kommerziellen und sozialpädagogisch betreuten Freizeitaktivitäten gibt. Die Personalmittel sollen um 88.000 DM für eine Stelle Sozialpädagogin und zwei Stellen ErzieherInnen ab 1.7.92 anteilig angehoben werden.

Mieterverein Horner Geest

Zur Absicherung der Koordination der Arbeit des Mietervereins Horner Geest befürwortet die SPD-Fraktion die Bereitstellung von Mitteln für 1/2 Stelle Verwaltungskraft (BAT Vc).

Solidarische Psychosoziale Hilfe e.V

Dieser Verein soll 10.000 DM Sachmittel und eine BAT IIa-Stelle sowie eine BAT IVb-Stelle ab 1.7.1992 für seine psychosoziale Arbeit mit Langzeitarbeitslosen und ihren Angehörigen bewilligt bekommen.

3.3.2.2 Bezirk Altona

SPIO - Ottensen

Zur Unterstützung des Vereins "Spielplatzinitiative Ottensen" sollen 560.000 DM für Sachmittel bereitgestellt werden. Spiel- und Grünflächen sind im Einzugsbereich Ottensen nicht mehr vorhanden. Ein bespielbarer Raum ist für Kinder aus beengten Wohnverhältnissen und sozialen Problemlagen von besonderer Wichtigkeit.

Motte-Mediengruppe, die thede und Medienpädagogik-Zentrum

Diese Medienzentren sollen zusammen mit 100.000 DM Sachmitteln unterstützt werden. Die z.T. seit Mitte der siebziger Jahre mit großem Engagement arbeitenden Medien-Zentren-, Werkstätten und -gruppen leisten einen wertvollen Beitrag für die Infrastruktur der Medienszene in Altona und Hamburg.

Erwerbslose Frauen Altona

Das Projekt EFA nimmt an einem bundesweiten Modellversuch für Berufsrückkehrerinnen teil. Zur Absicherung fehlen in der Hauptsache Mietzuschüsse. Auf Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion soll darum der Ansatz für Sachmittel um 30.000 DM erhöht werden.

Altenpflegeheim Reventlow-Stift, Kleinbus

Im Rahmen der vertraglichen Betreuungspflicht will das Altenpflegeheim Reventlow-Stift einen Fahrdienst für Ausflugs-, Besorgungs- und Einkaufsfahrten einrichten. Auf Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion sollen die Sachmittel für den Erwerb eines Kleinbusses einmalig um 45.000 DM erhöht werden.

Lärmschutz an der BAB 7

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion ersucht den Senat, im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans darauf hinzuwirken, daß der Bund die Mittel für die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen BAB 7 in Bahrenfeld zwischen S-Bahn-Brücke und Volkspark bereitstellt. Unabhängig davon ist das Planfeststellungsverfahren für diese Maßnahmen umgehend einzuleiten.

Volkspark Altona

Zur Attraktivitätssteigerung des Volksparks beantragt die SPD-Fraktion Mittel in Höhe von 80.000 DM und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 160.000 DM für Maßnahmen im Bereich der Garten- und Denkmalspflege, sowie für eine bessere Erreichbarkeit und Benutzbarkeit des Parks.

Herrichtung eines Stellplatzes für bewohnte Bauwagen in Ottensen

Zur Herrichtung eines Stellplatzes für bewohnte Bauwagen in Ottensen beantragt die SPD-Fraktion 250.000 DM. Mit dem Geld soll für ein Teil der Bauwagen, die sich jetzt auf dem "Kemal-Altun-Platz" befinden, ein alternativer Stellplatz mit entsprechenden Ver- und Entsorgungseinrichtungen (Toilettenwagen, Wasseranschluß) geschaffen werden.

Quartiersbus für Altona-Altstadt/St.Pauli

Um die schlechten Verkehrsverbindungen im Bereich Altona-Altstadt/St.Pauli zu verbessern, bringt die SPD-Fraktion einen Antrag ein, mit dem der Senat ersucht wird, bis zum Sommerfahrplan 1993 eine Quartiersbuslinie in diesem Gebiet einzurichten.

3.3.2.3 Bezirk Eimsbüttel

Abenteuerspielplatz A.S.P. Eimsbüttel Nord e.V.

Die offenen Angebote des A.S.P. Eimsbüttel Nord tragen sowohl dem Aspekt der Integration von Ausländern und Aussiedlern als auch dem Aspekt der Pflege und des Erhalts verschiedener Kulturen Rechnung. Die SPD-Fraktion unterstützt den A.S.P. Eimsbüttel-Nord deshalb mit Mitteln für eine Stelle ErzieherIn BAT VIB sowie Sachmitteln in Höhe von 14.000 DM für 1992.

Stadtteilladen Eimsbüttel

Der Stadtteilladen Eimsbüttel arbeitet seit nunmehr sechs Jahren qualifiziert und kontinuierlich in den Bereichen Gemeinwesenarbeit und Freizeitaktivitäten, wobei der Schwerpunkt der sozialpädagogischen Arbeit in der Beratung und Unterstützung alleinstehender bzw. alleinerziehender Mütter liegt. Für die Bewohner in der benachteiligten Region Eimsbüttel Nord hat der "Stadtteilladen Eimsbüttel" einen hohen Stellenwert. Zur Absicherung der Arbeit nach auslaufenden ABM-Verträgen soll dieses Projekt durch Bereitstellung von 2 Stellen für Sozialarbeiter sowie Sachmittel in Höhe von 16.000 DM unterstützt werden.

Offene Jugendarbeit Lenzsiedlung e.V.

Der Trägerverein "Offene Jugendarbeit Lenzsiedlung e. V." leistet seit über 10 Jahren in dieser Hochhaussiedlung aus den 70er Jahren eine offene Kinder- und Jugendarbeit: wohngebietsbezogene und problemorientierte Sozialarbeit, ansatzweise Gemeinwesenarbeit in dem Gebiet der Lenzsiedlung. Einen besonderen Arbeitsschwerpunkt bildet der Bereich "Suchtprophylaxe", für den auf

Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion eine Stelle für einen Sozialpädagogen sowie Sachmittel in Höhe von 5.000 DM in den Haushalt 1992 eingestellt werden sollen.

3.3.2.4 Bezirk Hamburg Nord

Dulsberg-Antrag

Damit die Arbeit des Stadtteilbüros in dem Pilotprojekt Dulsberg unverzüglich aufgenommen werden kann, wird ein Haushaltstitel für Sachmittel i.H.v. 127.000 DM sowie für Personalmittel in Höhe von 170.000 DM neu eingerichtet.

Initiative Spielplätze und Freizeit e.V. Langenhorn-Heidberg

Die ISUF e.V. Langenhorn-Heidberg bietet aufgrund mangelnder Alternativen offener Jugendarbeit in diesem Stadtteil ein unverzichtbares Freizeitangebot für Jugendliche und junge Erwachsene. Der Verein soll dafür nach dem Willen der SPD-Fraktion 27.000 DM für eine feste Stelle und 15.000 DM für Sachmittel erhalten.

Stadtteilverein "Im Tarpenwinkel" (Langenhorn)

Der Stadtteilverein "Im Tarpenwinkel" wirkt mit seiner Arbeit der zunehmenden Drogenproblematik unter Jugendlichen und der damit verbundenen Beschaffungskriminalität im Stadtteil Langenhorn entgegen. Zur personellen wie sächlichen Unterstützung der Vereinsarbeit soll der Senat auf Antrag der SPD-Fraktion eine Verpflichtungsermächtigung in erforderlicher Höhe für das Jahr 1993 einrichten.

Asbestsanierung - Nachtspeicherheizung

Um die Instandsetzung und besonders die Asbestsanierung der von dem städtischen Wohnungsunternehmen GWG übernommenen Wohnungsbestand, insbesondere der Wohnungen der höchsten Dringlichkeitsstufe 1992 und 1993 (544 Wohneinheiten am Wagendorfer Weg, Langenhorn, und in der Bartolomäusstraße, Barmbek-Süd) wesentlich zu beschleunigen, soll der GWG ermöglicht werden, 10 Mio DM für diese Zwecke zusätzlich einzusetzen.

Dazu werden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 600.000 DM zusätzlich zur Verfügung gestellt, die die voraussichtlich 1992 anfallenden Zinslasten auffangen. Der Haushaltsausschuß hat auf Antrag der SPD-Abgeordneten eine entsprechende Empfehlung an die Bürgerschaft beschlossen.

3.3.2.5 Bezirk Wandsbek

Betreuung Stadterneuerung

Um eine zügige Abwicklung der angewachsenen Stadterneuerungsaufgaben zu gewährleisten, ist eine personelle Verstärkung in den betroffenen Bezirksamtern und in der STEB notwendig. Für den Bezirk Wandsbek beantragt die SPD-Fraktion deshalb Mittel für einen technischen Angestellten BAT IIa, der ab 1.7.92 neu eingestellt werden soll. Davon werden vor allem die Stadterneuerungsgebiete Jenfeld und Steilshoop profitieren.

Jugendtreff Grunewaldstraße

Für den Jugendtreff Grunewaldstraße sollen eine zusätzliche ErzieherIn-Stelle (BAT Vc) sowie Sachmittel in Höhe von DM 40.000 bewilligt werden. Der Jugendtreff bietet sozial ge-

fährdeten Jugendlichen intensive fachkundige Hilfe und Zuwendung.

Sportanlage Steilshoop

Für die Sportanlage Steilshoop sollen Mittel für den Kauf und die Aufstellung einer System-Doppelgarage als Geräteraum beschlossen werden. Der vorhandene Geräteraum der Sportanlage Steilshoop ist nicht ausreichend und befindet sich insbesondere nicht auf der Ebene der Sportfläche. Außerdem soll die Anschaffung eines Satzes Hürden mit Hürdenwagen finanziell ermöglicht werden. Das beschlossene Finanzvolumen für die Neuanschaffungen wird DM 80.000 betragen.

3.3.2.6 Bezirk Bergedorf

Verbesserung der Beratungstätigkeit bei PRO FAMILIA in Bergedorf-West und Allermöhe

Zur Verbesserung der Beratungstätigkeit des Landesverbandes PRO FAMILIA soll eine Erhöhung des jährlichen Zuschusses um 70.000 DM beschlossen werden. In den Beratungsstellen Allermöhe, Bergedorf-West und Wilhelmsburg kann nun die gerade im Zuge der jüngsten Kontroversen, z.T. verunsichernden Diskussion um den § 218 notwendige Betreuung durch PRO FAMILIA konsolidiert und ausgeweitet werden.

Stadtteilbegegnungsstätte Bergedorf-West

Mit der Bewilligung von anteiligen Personalmitteln 57.000 DM und Sachmitteln von insgesamt 284.000 DM soll die Ausweitung des Stadtteilbegegnungszentrums Bergedorf-West gefördert werden. Der in Form eines Stadtteilcafés von einer Arbeitsgemeinschaft aus

12 Organisationen und Vereinen getragene Bürgertreff soll vor allem alten Menschen eine bisher nicht vorhandene Begegnungsstätte bieten.

Veranstaltungssaal für Haus der Jugend in Bergedorf-West

Zur Ausweitung des Freizeitangebots in der Großsiedlung Bergedorf-West für Jugendliche, die dort bei einem überdurchschnittlichen Bevölkerungsanteil auf eingeschränkte Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten stoßen, will die SPD-Fraktion für den Anbau eines großen Veranstaltungssaales an das bestehende Haus der Jugend "Heckaten" 400.000 DM bereitstellen. Die dann mögliche Durchführung von verschiedensten Veranstaltungen wie Film-, Musik- und Theatervorführungen oder Discos kann dazu beitragen, teilweise vorhandene Frustration und Aggression bei dort lebenden Jugendlichen produktiv entgegenzuwirken.

3.3.2.7 Bezirk Harburg

Kleiderkammer der Arbeitsloseninitiative Wilhelmsburg in der Emmaus-Gemeinde

Die bisherige StelleninhaberIn für die Verwaltung dieses Projektes, das älteren Langzeitarbeitslosen neue Lebens- und Arbeitsperspektiven vermittelt, ist seit 1.7.1990 auf ABM-Basis beschäftigt. Um die Weiterführung des Projektes sicherzustellen, wird die Schaffung einer festen Stelle (BAT VIb/Vc) durch Bereitstellung von 27.000 DM für erforderlich gehalten.

StadtteilkoordinatorIn

Zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im Bezirk Harburg sind in Wilhelmsburg und Kirchdorf-Süd neue Stadterneuerungsgebiete in Angriff genommen worden. Um eine zügige Abwicklung der angewachsenen Stadterneuerungsaufgaben zu gewährleisten möchte die SPD-Fraktion eine Stelle StadtteilkoordinatorIn zur Verstärkung des Personals im Bezirksamt Harburg (1 Stelle BAT IIA) 40.000 DM bewilligen.

Straßensozialarbeit in der Sandbek-Siedlung

Für ein mobiles Team Straßensozialarbeit in der Siedlung Sandbek sollen eine Stelle SozialarbeiterIn 31.000 DM und 6.000 DM Sachmittel bereit gestellt werden. Mit dem Konzept mobile Straßensozialarbeit sollen die in der Siedlung Sandbek lebenden Kinder- und Jugendlichen, die sich in besonders gefährdeten Lebenssituation befinden (Suchtprobleme, Entlaufen und Kriminalisierung), unterstützt werden.

Familienhilfe in der Sandbek-Siedlung

Zur Verbesserung der Angebote der Familienhilfe in der Sandbek-Siedlung sollen für den Haushalt 1992 8.000 DM Honorarmittel bewilligt werden. In Kooperation zwischen dem Spielplatzheim und einer Mütterinitiative können mit diesen Honorarmittel für die steigende Anzahl jüngerer Eltern in der Sandbek-Siedlung Kurse der Familienhilfe angeboten werden.

Nachbarschaftstreff Neuwiedenthal

Der Nachbarschaftstreff Neuwiedenthal/Stubbenhof bietet in einem Wohnbezirk mit erheblichen sozialen Problemen für die BewohnerInnen ein wichtiges Beratungs- und Betreuungsangebot. Durch die

Bereitstellung von 28.000 DM soll diese Arbeit nun, auf Initiative der SPD-Fraktion, durch einen SozialarbeiterIn (BAT Vb) unterstützt werden.

Jugendclub "Blechkiste" des "Treffpunktes der Jugend Harburg Süd e.V."

Der Jugendclub "Blechkiste" betreut deutsche und ausländische Jugendliche und junge Erwachsene mit besonderen Lebensproblematiken. Im Einzugsbereich dieses Jugendclubs liegt ein Neubaugebiet und ein Container-Dorf für Aus- und ÜbersiedlerInnen. Zur Unterstützung dieser für den Bereich Harburg-Süd wichtigen Arbeit hat die SPD-Fraktion 26.000 DM für die Bereitstellung einer zusätzlichen Stelle ErzieherIn und 2.000 DM für Sachmittel beantragt.

4 Pilotkonzept für soziale Brennpunkte

In den zurückliegenden zwei Jahrzehnten sind in Hamburg sowohl globale Entwicklungsstrategien, z.B. "Entwicklungsmodell für Hamburg und sein Umland" (Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 10. Juni 1969/Dr. VI/2239) oder "Stadtentwicklungskonzept" vom 30. September 1980, als auch Stadtteilentwicklungspläne (1974 ff.) konzipiert worden.

Die spezielle Förderung benachteiligter Stadtteile ist intensiv und mit erheblichem Aufwand praktiziert worden (z. B. in Wilhelmsburg). Für sich genommen erscheinen diese Konzepte ebenso stringent, wie die in den Fachbehörden konzipierten Politiken.

Umso auffälliger ist dann die oft heftige Kritik der Mandatsträger der örtlichen Ebene (Bezirksabgeordnete und Ortsausschußmitglieder) sowie die Reaktionen der Bewohner aus bestimmten Stadtgebieten. "Wir haben die Faxen dicke!", ist da ein besorgniserregender Protest, der vielleicht noch Anknüpfungen erlaubt. Resignation, Abkehr und Apathie, wie sie Wahlenthaltungen ausdrücken, sind noch gravierender.

Es gibt gewiß mehrere Erklärungen dafür. Aus den Diskussionen der Abgeordneten kristallisieren sich Anhaltspunkte für wahrscheinliche Ursachen heraus.

1. Die Verwaltungsbehörden, Träger der wichtigsten Fachpolitiken, sind zumeist sehr große und stark arbeitsteilig organisierte Gebilde. Die Delegation von Aufgaben auf die bezirkliche Ebene in deren eigene Verantwortung ist gerade in Gestaltungsbereichen eher selten. Wegen der besonderen Verfassungssituation des Stadtstaates müssen die Bediensteten der Behörden bedenken, daß selbst örtlich begrenzte Maßnahmen, wenn sie nur hinreichend öffentliche Aufmerksamkeit erfahren (das ist in der Medienstadt Hamburg oft der

Fall), die politische Verantwortung der jeweiligen Präsidien betreffen. Die Informationsverluste, der Aufwand an Zeit für Abstimmungen sind unter diesen Bedingungen bei den zahlreichen Hierarchiestufen horrend.

2. Die Bezirksämter sind in Hamburg selbst schon wieder große Apparate, sogar größer als einige der Verwaltungsbehörden (!) und zuständig für Gebiete mit der Einwohnerzahl einer Großstadt. Die klassische Aufgabe von BürgermeisterInnen, Ressortkonflikte aufzulösen, scheidet bei den BezirksamtsleiterInnen schon deswegen, weil diese nicht in ihre Zuständigkeit, sondern in die der jeweiligen Fachbehörden fallen. Formal bleibt Konfliktlösung über den Senat zwar möglich, unterbleibt aber oft wegen zu aufwendigem Vorlauf.
3. Bestandsaufnahmen in verschiedenen Stadtteilen führten hin und wieder zu dem überraschenden Ergebnis, daß vor Ort doch bereits zahlreiche soziale Institutionen mit unterschiedlichsten Dienstleistungs- und Beratungsangeboten zu registrieren sind; sowohl im unmittelbar staatlichen Bereich als auch im Feld der Freien Initiativen auf der Grundlage öffentlicher Zuwendungen. Der Eindruck des Nebeneinanderher ist inzwischen dort korrigiert, wo sich regional die Sprecher dieser Institutionen zu Sozial- oder Stadtteilkonferenzen zusammengefunden haben. Inzwischen weiß man also voneinander und koordiniert auch vor Ort die trägerübergreifenden Aktivitäten.

Es fehlt aber meistens die Vernetzung mit den nicht regional organisierten Hilfs- und Leistungsangeboten der Stadt, z. B. Beschäftigungswerkstätten, Fortbildungs- und Umschulungsinstitutionen. Damit die Beratungstätigkeit im Quartier sich nicht in der sozialpsychologischen Aufarbeitung gesellschaftlich bedingter Defizite wie Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Drogensucht u.a.m. erschöpft, bedarf es einer Zusammenführung der Hilfsangebote. Im Sinne des alten

Prinzips von Hilfe zur Selbsthilfe müssen dem Einzelnen tatsächlich Arbeit, Wohnraum, Bildungszertifikate u.ä.m. verschafft werden. Im Stadtteil muß eine insoweit kompetente Instanz angesiedelt sein, die losgelöst von Trägerinteressen eine solche Koordination leisten kann.

Es gibt sicherlich noch mehr als diese Gründe, aber bestimmte Ergebnisse sind diagnostizierbar. Es gibt in den Stadtteilen offenkundige Probleme. In einigen Wohnquartieren häufen sie sich. Diese Probleme sind oft angesprochen, von einzelnen Bürgern, von Initiativen wie Gewerbetreibenden, öffentlich Bediensteten und örtlichen Abgeordneten. Es werden auch Lösungsmöglichkeiten entwickelt und ausgetauscht. Manchmal liegen sie praktisch schon jahrelang auf dem Tisch, erreichen aber trotzdem nicht die Handlungsebene.

Das schafft den Unmut, denn darin drückt sich die Inkompetenz des politischen Systems wie seiner Repräsentanten aus. Das Konzept der Pilot-Stadtteile will hier anknüpfen, um Abhilfe zu schaffen.

4.1 Stadtteilkonferenz, Stadtteilbüro und Verfügungsfonds als Elemente des Konzepts

Bei diesem Ansatz geht es also nicht darum, die aufgezeigten Ungleichgewichte in der Entwicklung der Wohnquartiere zu beseitigen. Es geht vielmehr darum, den - vermeidbaren - Ärger aufzuarbeiten.

4.1.1 Die Stadtteilkonferenz

Die Stadtteilkonferenz als Forum in Stadtteilen mit bestimmten Problemen soll eine Öffentlichkeit herstellen, die es erlaubt, Mißstände zu schildern, Bedarfe zu artikulieren und Vorschläge zu diskutieren. Auf unterschiedlicher Rechtsgrundla-

ge, z. B. als Beirat in Sanierungsgebieten, oder auch einfach als Zusammenschluß engagierter Einzelpersonen bzw. VertreterInnen von Institutionen (z. B. soziale Stadtteilkonferenzen) gibt es das in vielen Wohnquartieren. Wo nicht, kommt es darauf an, solche Foren zu initiieren.

Die Offenheit, ein gering reguliertes Verfahren und eine ordentliche Portion Spontanität sind wichtig. Es ist sicherlich verfehlt für alle Wohngebiete die Zusammensetzung oder "Geschäftsordnungen" einheitlich vorzusehen. Für die Akzeptanz im Quartier kommt es auf den freien Zugang und die Entwicklung aus den örtlich Strukturen an.

4.1.2 Das Stadtteilbüro als Motor und Assistenzeinheit

Schon für die Bestandsaufnahme im Wohngebiet und dann für die Entwicklung von Problemlösungsansätzen bedarf es neben dem ehrenamtlichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger einer gewissen Professionalität. Bei Sanierungen wurde das vielfach erprobt. Ein Stadtteilbüro sollte möglichst nicht Teil des Bezirksamtes, aber trotzdem bei dem/der BezirksamtsleiterIn angebunden sein, denn ein solches Büro muß wichtige Vorarbeit für die Umsetzung von Problemlösungsvorschlägen leisten.

Stadtteilbüros in diesem Sinne gibt es bereits in vielen Stadtteilen (z. B. in Sanierungsgebieten), und sie leisten oft auch wesentlich Gemeinwesenarbeit; in Pilotprojekten wären sie unverzichtbar. Wünschenswert wäre auch, über sie eine Vernetzung mit dem überregional-organisierten Angebot in der Stadt zu erreichen.

4.1.3 Der Verfügungsfonds für die Pilotprojekte

Das wichtigste Handicap ist nicht das Fehlen eines sog. "Runden Tisches", sondern die Entfernung zu den Entschei-

Trägern - in der Regel eines oder mehrere Mitglieder des Senats. Oft sind Probleme nicht ohne EntscheidungsträgerInnen auf höchster Ebene lösbar, aber für sich genommen zu unbedeutend, die höchste Regierungsebene damit zu befassen.

Dieser Verfügungsfonds soll erreichen, daß ressortübergreifend die erforderliche Hierarchieebene erreicht wird. Aus dem Fonds sollen Maßnahmen für die Pilotstadtteile finanziert werden. Er soll einsetzbar sein für sächliche und personelle Ausgaben sowie für Investitionen (s. Anlage a.).

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion beantragt hierfür einen entsprechenden Haushaltstitel und stattet ihn mit Kassenmitteln von 3 Mio. DM für 1992 und einer Verpflichtungsermächtigung von 12 Mio. DM für 1993 aus. Die Mittel werden von der Bürgerschaft gesperrt und auf Antrag des Senats für konkrete Vorhaben freigegeben.

Der Fonds tritt neben den für Maßnahmen in sozialen Brennpunkten bereits bestehenden Revitalisierungsfonds der Baubehörde, der mit 9 Mio. DM Kassenmittel für 1992 und 9 Mio. DM Verpflichtungsermächtigung ausgestattet ist.

4.1.4 Die Auswahl der Stadtteile

Der Anspruch, vor allem von den örtlich Betroffenen selbst die Interessen artikuliert zu wissen, steht eigentlich im Widerspruch dazu, wenn die Fraktion am Beginn der Entwicklung dieses Konzepts eine Auswahlentscheidung trifft. Aus rein pragmatischen Gründen ist das jedoch unvermeidbar, denn es soll exemplarisch in drei Stadtteilen mit unterschiedlicher, aber für Hamburg typischer Problemkonstellation das Pilotkonzept erprobt werden. Der aufgezeigte Mangel wird allerdings dadurch ausgeglichen, daß die Fraktion auf vorausgegangene Vorarbeiten, z. T. schon während der letzten Legislaturperiode zurückgreifen kann.

Für die Stadtgebiete Jenfeld, Dulberg und Westliche Innere Stadt wurden bereits in enger Zusammenarbeit mit regionalen Vertretern Analysen erstellt und Problemlösungen vorgeschlagen: Die Fraktion bestimmt deshalb diese Gebiete zu Pilotprojekten. Dabei handelt es sich um eine Großsiedlung der Nachkriegszeit, um eine innerstädtische große Wohnsiedlung der Vorkriegszeit und um ein innerstädtisches Gebiet, das bereits Untersuchungs- bzw. Sanierungsgebiet ist.

4.1.5 Das Pilotkonzept für soziale Brennpunkte als Modell mit zeitlicher Begrenzung

Die Fraktion verfolgt mit ihrem Konzept ein offenes Modell, das erst im Laufe der Erprobung seine Strukturen gewinnt. Die bewußte Konzentration darauf, aufgestauten, aber prinzipiell vermeidbaren Ärger abzubauen, hat zwingend zur Folge, daß eine bestimmte Stadtregion nicht auf Dauer den Status eines Pilotprojektes haben kann. Das Konzept enthält mit der Stadtteilkonferenz und dem Stadtteilbüro Elemente, mit denen auch nach dem Erlöschen des Status als Pilot-Stadtteil dort Strukturen verbleiben, die eine bessere Konfliktbewältigung und Problemlösung über diese Zeit hinaus ermöglichen.

4.2 Pilotprojekt Dulsberg

4.2.1 Charakterisierung des Stadtteils

Der in den 20er Jahren erbaute Stadtteil Dulsberg (Ortsteile 424 und 425, ca. 17.000 Einwohner) ist mit seiner überschaubaren Wohnbebauung architektonisch ein attraktiver Stadtteil und ein traditionsreiches Beispiel für gelungene, sozialdemokratische Wohnungsbaupolitik. Nach dem Krieg lebten in den wiederaufgebauten, vielfach verkleinerten Wohnungen wieder viele Familien mit Kindern. Mit dem sich entspannenden Wohnungsmarkt in den 60er Jahren zogen die Besserverdienenden aus den zu kleinen, nicht familiengerechten Wohnungen aus.

Ab Mitte der 70er Jahre galt die Überalterung der Bewohnerschaft des Stadtteils als dessen Hauptproblem. Mit einem zu jener Zeit bundesweit erstmalig initiierten Programm wurden im Rahmen von öffentlich finanzierten Modernisierungsprogrammen mit verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften familiengerechte Wohnungen geschaffen, um diesem bevölkerungsstrukturellen Ungleichgewicht entgegenzuwirken.

In den 80er Jahren wandelte sich die Sozialstruktur des Stadtteils erneut: Immer mehr sozial schwache Personen wurden vom Wohnungsamt in die kleinen, nicht dem heutigen Standard entsprechenden billigen Kleinwohnungen eingewiesen. Dulsberg liegt daher heute nach St. Pauli-Süd an vorletzter Stelle in der hamburgischen Einkommensstatistik und ist demnach der zweitärmste Stadtteil Hamburgs. Damit korreliert eine hohe Quote an SozialhilfeempfängerInnen und Dauerarbeitslosen. Vereinsamung, geringes soziales Bewußtsein, problematische Verhaltensweisen wie Alkoholmißbrauch, Drogenkonsum, Vandalismus und Gewalttätigkeit prägen zunehmend das Gesicht des Stadtteils und tragen dazu bei, sozial stabilere Gruppen vom Dulsberg zu vertreiben. Hervorzuheben ist zudem die große Zahl alleinerziehender Mütter,

die insbesondere in den letzten Jahren sehr gestiegen ist. Die Mehrheit der Kinder in Dulsberger Kindertagesstätten lebt in unvollständigen Familien. 1989 waren 18,9 % der Gesamtbevölkerung Ausländer; sie gelten als eine sozial stabilere Gruppe im Stadtteil.

4.2.1.1 Allgemeine Problemlage

Die Armut auf dem Dulsberg ist weit weniger sichtbar als in vergleichbaren Stadtteilen. Diese Tendenz ist auch durch die Architektur bedingt. In den kleinen Wohnungen leben viele Alleinstehende häufig sehr isoliert. Ihnen fehlen meist die Voraussetzungen und Möglichkeiten, sich öffentlich zu artikulieren bzw. ein offensives Protestverhalten zu entwickeln, (z. B. im krassen Gegensatz zur autonomen Szene im Schanzenviertel.) Damit sind die Wahrnehmung durch Öffentlichkeit und Medien sowie der politische Handlungsdruck geringer.

Die in den überwiegenden Teilen des Dulsbergs vorhandene geschlossene, geordnete Bauweise - die intakten Fassaden - lassen die sich daher befindenden sozialen Problemlagen nicht vermuten. Aggressionen, die enger Wohnraum, geringes Einkommen, Perspektivlosigkeit und Isolation auslösen, wenden sich vorwiegend nach innen.

Die alteingesessenen DulsbergerInnen artikulieren ihren Unmut über die Folgen der aus den sozialen und individuellen Problemen resultierenden Verhaltensweisen, darunter Belästigung nach Alkoholmißbrauch - vor allem durch Lärm in den hellhörigen Wohnungen -, Verwahrlosung von Treppenhäusern, weil den Mieterpflichten nicht nachgekommen wird. Das vertraute nachbarschaftliche Umfeld hat sich auch durch den hohen Ausländeranteil verändert. Die ursprünglich positive Identifikation dieser BürgerInnen mit ihrem Stadtteil geht durch diese Veränderungen im Wohnumfeld zunehmend verloren. Fehlende ökonomische Möglichkeiten, Lebens

alter und die Situation auf dem Wohnungsmarkt binden sie dennoch an den Stadtteil.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß sich die Lebensbedingungen im Stadtteil in den letzten zehn Jahren deutlich verschlechtert haben. Die Entwicklung in Dulsberg belegt die These von der immer größer werdenden Kluft zwischen armen und reichen Stadtteilen in der boomenden Stadt Hamburg.

4.2.1.2 Soziokulturelle Infrastruktur

Einrichtungen, die Dulsberger zur Zielgruppe haben:

Spielhaus Dulsberg, Stapelholmer Str. 2

Kinder 6 - 14 Jahre

Interessengruppen, offener Bereich

1 hauptamtliche Honorarstelle

Straßensozialarbeiter, Dulsberg-Nord 55

Jugendliche 14-25 Jahre

Gruppenarbeit, Beratung, Begleitung zu Behörden

2 hauptamtliche Stellen

Haus der Jugend, Alter Teichweg 200

Kinder und Jugendliche

Offene Kinder- und Jugendarbeit, Angebote für Familien, Ausländerarbeit, Mädchenarbeit, Mittagstisch

7 hauptamtliche Stellen, 1 ABM, 15 Honorarstellen, ehrenamtliche Mitarbeiter (wird vorwiegend von ausländischen Jugendlichen besucht)

Altentagesstätte (AWO), Dulsberg-Süd 12

alte Menschen

Seniorentanz, Singen

ehrenamtliche MitarbeiterInnen

(feste "In-Group", die Einrichtung zum Kartenspielen besucht)

Bücherhalle

gesamte Bevölkerung

Neben HÖB Angebot, Mieterberatung, Geschichtsgruppe

9 Stellen

Elternschule, Alter Teichweg 200

Familien aus dem Wohngebiet, alleinerziehender Frauen mit Klein- und Vorschulkindern

1 Stelle

6 Kindertagesheime

Soziale Einrichtungen im Stadtteil, deren Einzugsgebiet sich nicht auf Dulsberg beschränkt bzw. nicht auf den Stadtteil ausgerichtet ist:

Türkdanis, Probsteier Str. 17

türkische MitbürgerInnen

Beratungen, Deutschkurse

1 hauptamtliche Stelle, 1 Honorarkraft

SOS-Treffpunkt, Elsässer Str. 27 a

17 - 30jährige

Therapeutische Angebote, Langzeitbetreuung

Zusammenfassend ist festzustellen,

- daß es zwar insbesondere durch das HdJ für Jugendliche ein Angebot gibt, es aber Akzeptanzprobleme unter den deutschen Jugendlichen aufgrund der hohen Ausländeranteils gibt,
- daß ein erheblicher Mangel an Kindertagesstättenplätzen besteht,
- daß es an niedrigschwelligen Angeboten für Probleme aufgrund von Armut, Arbeitslosigkeit und Isolation fehlt,

- daß Möglichkeiten für stadtteilkulturelle Aktivitäten und Gemeinschaftsräume für Veranstaltungen und Zusammenkünfte fehlen.

4.2.1.3 Politische Rahmenbedingungen

Lediglich die SPD verfügt über eine örtliche Parteigliederung, über zwei Mandate in der Bezirksversammlung, eines im Ortsausschuß und damit auch über "kurze Wege" zur kommunalen Verwaltung. Sie ist Trägerin der kommunalpolitischen Diskussion (Bürgeranhörungen, Veranstaltungsreihe "Dulsberg diskutiert", Sprechstunden der Bezirkspolitikerinnen, Stadtteilzeitung). Andere Parteien treten nur im Wahlkampf auf und haben in den letzten Jahren öffentlichkeitswirksam so gut wie nie Stellung zu stadtteilrelevanten Problemen bezogen. Hervorzuheben ist die Arbeit der Kirchengemeinde Dulsberg, die sich insbesondere den Armutsproblemen zugewendet hat und auch überregional und vor Ort (Gemeindebrief) öffentlich die Probleme des Stadtteils diskutiert.

VertreterInnen von Initiativen und der in den sozialen und kulturellen Einrichtungen im Stadtteil Aktiven - vorwiegend SozialarbeiterInnen - haben den seit mehreren Jahren bestehenden "Arbeitskreis Dulsberg" gebildet, um ihre institutionellen Belange besser zu koordinieren und um Stadtteilproblemen effektiver zu begegnen. Die bereits projektierten Maßnahmen für den Stadtteil sind z.T. aus der Diskussion mit ihnen entstanden.

4.2.2. Probleme und Defizite politischer Handlungsstrategien als Ergebnis mangelnder Stadtteilorientierung

Die kommunalpolitisch verfolgte sozial- und altersstrukturelle Mischung der Bewohnerschaft, die in dem erwähnten Programm zur Schaffung familiengerechten Wohnraums ihren Ausdruck findet, wurde durch die Belegungspolitik des Wohnungsamtes

und der Wohnungsbaugesellschaften unterlaufen. Ohne Berücksichtigung stadtteilpolitischer Konsequenzen und ohne Folgenabschätzung sind die Wohnungen an Problemgruppen, u.a. im Rahmen der angestrebten Auflösung von Obdachlosensiedlungen, vergeben worden. Eine entsprechende soziale Infrastruktur, um dem damit verbundenen Problemen zu begegnen, wurde nicht geschaffen. Vergleichbares gilt für andere sozial schwache Gruppierungen, die auf den Dulsberg ziehen.

So hätte die große Zahl alleinerziehender Mütter die Einrichtung entsprechender Kindertagesstättenplätze zur Folge haben müssen. Es eröffnet sich die Frage, ob die vermeintlich den Sachzwängen unterworfenen fachbehördlichen Entscheidungen bei einer konsequenteren Folgenabschätzung nicht doch andere Lösungswege geegnet hätten (z.B. andere Verteilung der Bevölkerung, Wohnungsbau).

In Neubauvierteln der 60er und 70er Jahre ist es in Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften gelungen, durch eine Veränderung der Belegungspolitik soziale Probleme zu mildern (Steilshoop, Mümmelmannsberg). Da durch die Wohnungsnot kaum noch eine Fluktuation stattfindet, ist dieses Steuerungsinstrument zur Zeit quasi nicht verfügbar. Zu bedenken ist ferner, daß der mit einem derartigen Verfahren einhergehenden systematischen Klassifizierung und Auslese der Mieter nach ihrer sozialen Wertigkeit ein stark diffamierendes Element innewohnt, es datenschutzrechtlich bedenklich ist, die Stärkung staatlicher Kontrollmechanismen befördert und die Schwächsten der Gesellschaft in die Obdachlosigkeit drängt. Eine sanfte Steuerung durch Wohnungsneubau ist aufgrund der kaum vorhandenen Baulücken unbedeutend.

4.2.3 Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtteilstruktur - Sachlage

Mit einer kommunalpolitischen Fachtagung im September¹⁹ vergangenen Jahres auf der unter Federführung des Ortsamtes Barmbek-Uhlenhorst mehr als 100 MitarbeiterInnen von Einrichtun-

gen und Initiativen aus dem Stadtteil, sowie BehördenvertreterInnen, KommunalpolitikerInnen und auswärtige Fachleute diskutiert haben, gelang es, für die Belange des Stadtteils eine breitere Öffentlichkeit herzustellen, politische Maßnahmen breit zu diskutieren und zu legitimieren. Einhelliges Ziel war, von einer reagierenden Krisenintervention zu einem vorbeugenden Handeln zu kommen. Die Vorbereitung erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Dulsberg. Eine Resolution der Fachtagung war Grundlage der Beschlüsse Bezirksversammlung Hamburg-Nord. Sie sind Grundlagen vorliegenden integrierten Handlungskonzepts.

4.2.3.1 Der Beschluß der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

Der Beschlußtext hat folgenden Wortlaut (Auszug):

"Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, zur Milderung bzw. Beseitigung sozialer Probleme im Stadtteil Dulsberg umgehend die notwendigen Schritte zur Verwirklichung folgender erster Maßnahmen zu ergreifen:

1. Einrichtung eines mit hauptamtlichen Kräften ausgestatteten "Stadtteilbüros" nach dem Beispiel von Sanierungsgebieten. Hauptaufgaben dieses Stadtteilbüros sollen insbesondere sein:
 - Aufbereitung und Aktualisierung der verfügbaren statistischen Unterlagen.
 - Erstellung von Bedarfsanalysen und sozialstatistischen Unterlagen.
 - Dokumentation von Problemfeldern und Initiierung neuer Angebote.

- Erstellung einer detaillierten Bestandsanalyse in Form einer Stadtteilinfothek, welche den Bewohnern und Einrichtungen als Informations- und Vermittlungsstelle dienen soll.
 - 2 Entwicklung und Fortschreibung eines kommunalen Handlungskonzeptes unter Einbeziehung der Bevölkerung.
 - 2 Intensivierung, Qualifizierung und Koordinierung der stadtteilbezogenen soziokulturellen Arbeit.
 - 2 Koordination stadtteilorientierter Projekte und Angebote.
2. Verbesserung der sachlichen und personellen Ausstattung der im Stadtteil vorhandenen sozialen Einrichtungen. Ausbau der Beratungs- und Betreuungsangebote insbesondere auch bezüglich der Bedarfe ausländischer Mitbürger und Mitbürgerinnen.
 3. Einrichtung mehrerer dezentraler Nachbarschaftstreffpunkte, die ihre Arbeit entsprechend dem zu erstellenden Handlungskonzept an den Interessen und Bedürfnissen der jeweiligen engeren Nachbarschaft orientieren sollen.
 4. Einrichtung eines zentralen Versammlungsortes (z.B. in der Form einer "Bürgerhauses") u.a zur Ermöglichung zielgruppengerichteter Arbeit."

4.2.3.2 Perspektiven

Dulsberg wurde 1991 in das Revitalisierungsprogramm des Senats aufgenommen. Mit einem aus dem Revitalisierungsfonds finanzierten Gutachten der STEB wird ein Planungsbüro beauf-

trägt, das statistische Material über die Problemlagen im Stadtteil aktualisieren und aufbereiten soll. In Zusammenarbeit mit Bezirks- und Ortsamt sollen alternative Handlungsstrategien entwickelt werden.

Die Beschlüsse der Bezirksversammlung sollen mit Hilfe des Gutachtens in ein integriertes Handlungskonzept aus planerischen, baulichen, sozialen, kulturellen, bildungs- und jugendpolitischen Maßnahmen einfließen und weiterentwickelt werden. Es beinhaltet zudem die Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten Betroffener sowie eine Verbesserung der fächer- und behördenübergreifenden Kommunikations-, Koordinations- und Entscheidungsstrukturen.

4.2.4 Integriertes Handlungskonzept "Projekt Dulsberg"

Aus der Analyse der geschilderten Handlungsdefizite, der politischen Rahmenbedingungen und der bereits eingeleiteten stadtteilpolitischen Maßnahmen können sich folgende Säulen eines integrierten Handlungskonzepts für den Dulsberg ergeben:

Projektmanagement durch Vernetzung verschiedener Hierarchieebenen

- Auf Stadtteilebene wird ein Stadtteilbüro und ein Stadtteilbeirat eingerichtet.
- Die Verbesserung dezernatsübergreifender Koordination und die Beschleunigung stadtteilrelevanter Entscheidungen soll durch eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe auf bezirklicher Ebene gewährleistet werden.
- SenatorInnen (entscheidungsbefugte Vertreter der Fachbehörden) bilden ein stadtteilentwicklungspolitisches Entscheidungsgremium.

Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtteilstruktur

- Verbesserung der sozialen Infrastruktur, Beschäftigungsinitiativen und Regionalisierung der Verwaltung,
- Attraktivitätssteigerung des Viertels durch Wohnumfeldverbesserungen.

Stadtteilbeirat und Stadtteilbüro

Zur Lenkung des Gesamtprojekts und als Interessenvertretung des Stadtteils wird nach Benennung der Mitglieder durch die vertretenen Gruppierungen ein Stadtteilbeirat entsprechend dem Beispiel der Sanierungsbeiräte gemäß Bundesbaugesetz in folgender Zusammensetzung durch die Bezirksversammlung eingesetzt:

- 4 ParteienvertreterInnen
- 2 BezirksamtsvertreterInnen
- 1 VertreterIn soziokultureller Einrichtungen
- 1 VertreterIn der Kirche
- 1 GewerbevertreterIn
- 1 VermietervertreterIn
- 3 MietervertreterInnen (davon 1 AusländerIn)

Das Stadtteilbüro soll an das Gutachten der STEB anknüpfend zielgenaue Aktivitäten in den einzelnen Problembereichen entwickeln, darüber hinaus die Bürgerbeteiligung organisieren, stadtteilkulturelle Veranstaltungen durchführen, stadtteilbezogene Aktivitäten sowie die Arbeit der MitarbeiterInnen am Projekt Dulsberg koordinieren. Die Arbeitsanweisungen des Stadtteilbeirats sind für die bei den freien Trägern beschäftigten MitarbeiterInnen des Projekts Dulsberg verbindlich. Das Stadtteilbüro soll die Einrichtung eines Bürgerhauses initiieren und umsetzen, Anlaufstelle für Dulsberger BürgerInnen sein, aber auch den politischen Diskurs auf informeller Ebene unterstützen und aufnehmen (Arbeitskreis Dulsberg). Das Stadtteilbüro wird

als Trägerverbund aus im Stadtteil tätigen Einrichtungen und der Bezirksverwaltung (Ortsamt) konzipiert. Es ist angestrebt, daß sich die Verwaltung langfristig aus dieser Organisationsstruktur zurückzieht. Der Stadtteilbeirat soll die Arbeit des Stadtteilbüros begleiten.

Verwaltungsinterne Arbeitsgruppe auf bezirklicher Ebene

Die durch den Bezirksamtsleiter eingesetzte dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe soll als verwaltungsinternes Projektmanagement stadtteilpolitische Entscheidungen beschleunigen und koordinieren. Sie ist zusammengesetzt aus:

OrtsamtsleiterIn
SozialdezernentIn
GesundheitsdezernentIn
Leitung Amt für soziale Dienste
Beschäftigungsbeauftragter
StadtplanerIn
StadtteilbürovertreterIn

Themengebunden kann die Arbeitsgruppe z. B. bei regionalisierten Fachplanungen um FachbehördenvertreterInnen ergänzt werden. Sie bereitet die Entscheidungen für ein mögliches Stadtteilentwicklungspolitisches Entscheidungsgremium vor, welches über die Vergabe von Finanzmitteln für regionalsoziale Schwerpunkte der Stadtteilentwicklung entscheiden kann.

Verbesserung der sozialen Infrastruktur, Beschäftigungsinitiativen, Regionalisierung der Verwaltung

In geeigneten Quartieren sollen dezentrale Treffpunkte eingerichtet werden, die sich an den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Menschen in der Nachbarschaft orientieren, also auf keine bestimmte Zielgruppe beschränkt sind. Die

gegenseitige Wahrnehmung als Voraussetzung solidarischen Handelns soll dadurch gefördert werden. Als notwendige Anreize zum Aufsuchen eines gemeinsamen Treffpunkts werden Konsum-Angebote wie Café-Betrieb oder Mittagstisch gemacht. Im Rahmen einer Beschäftigungsinitiative können dafür gemeinsam mit der Hamburger Arbeitsbeschäftigungsgesellschaft (HAB) Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose geschaffen werden. Die Räume sollen zudem für Veranstaltungen sowie für Beratungs- und Informationsangebote genutzt werden. Ziel der präventiven Sozialarbeit im Treffpunkt soll sein, die Selbstorganisation und Mitarbeit der NutzerInnen zur tragenden Säule der Einrichtung zu machen.

Im Stadtteil sollen mehrere dezentrale Nachbarschaftstreffpunkte mit unterschiedlichen Trägern geschaffen werden. Für die Trägerschaft der ersten Einrichtung haben sich die Kirchengemeinde Dulsberg und der Verein "Ambulante Hilfe" angeboten.

Das Konzept für dezentrale Treffpunkte ist von einer auf der Fachtagung gebildeten, aus TeilnehmerInnen von Kirche, Sozialeinrichtungen und Parteien zusammengesetzten Arbeitsgruppe entwickelt worden.

Mit der Einrichtung einer Außenstelle des Ortsamtes mit Melde-, Wohngeld- und Sozialhilfeabschnitte sowie allgemeiner Beratung und Antragsannahme wird eine größere Bürgernähe der Verwaltung gewährleistet. Aus datenschutzrechtlichen Erwägungen, z. B. Aufhebung der Anonymisierung bei SozialhilfeempfängerInnen, ist dies ein Angebot, welches freiwillig in Anspruch genommen werden kann.

Die gesundheitlichen und sozialen Beratungs- und Betreuungsangebote im Stadtteil müssen verstärkt werden. Dazu gehört zunächst im Rahmen der angestrebten Dezentralisierung von Sozialstationen die Einrichtung einer örtlichen Dependence der Sozialstation Barmbek-Süd/Dulsberg - im wei-

teren die personelle Verstärkung der sozialen Dienste, der Elternschule und der gesundheitlichen Beratungs- und Betreuungsangebote. Es soll ein integriertes System gesundheitlicher und sozialer Beratungs- und Betreuungsangebote unter Einbeziehung staatlicher und gemeinnütziger Träger, insbesondere der Sozialstationen aufgebaut werden. Dazu gehört die Umwandlung der Gesamtschule Alter Teichweg in eine Ganztagschule und die Schaffung von mehr Kindertagesplätzen, dafür werden bauliche Maßnahmen erforderlich werden.

Für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in Arbeitsleben sollen stadtteilbezogene Beschäftigungsprojekte (mit der HAB) initiiert werden, die in erster Linie zur Wohnumfeldverbesserung eingesetzt werden sollen.

Wohnumfeldverbesserungen

Zur Erhaltung, Pflege und Gestaltung von Wohnanlagen können Langzeitarbeitslose im Rahmen von Beschäftigungsinitiativen als HausmeisterhelferInnen eingesetzt werden. Neben den Aufgaben in den dezentralen Nachbarschaftstreffpunkten (Volksküche), ist durch sie die Einrichtung einer Nähstube oder einer Renovierungswerkstatt denkbar.

Verkehrsberuhigende Maßnahmen sind ein wichtiger Beitrag zur Wohnumfeldverbesserung. Der Dulsberg wird durch zwei Verkehrsachsen durchschnitten. Dazu gehört zunächst die bauliche Umgestaltung des Alten Teichwegs zur Tempo-30-Zone zwischen Eulenkamp und Nordschleswiger Straße. Die Tempo-30-Begrenzung in Wohnstraßen muß ebenfalls durch bauliche Maßnahmen erzwungen werden.

Die nach dem Schumacherschen Bebauungsplan geschaffenen Grün- und Freizeitbereiche müssen wieder mehr ihrem ursprünglichen Sinn entsprechend genutzt werden können. Das öffentliche Kinderplanschbecken wird repariert und erhält

eine heutigen Hygienevorschriften entsprechende Wasserreinigungsanlage. Der Grünzug muß so umgestaltet werden, daß er für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen besser nutzbar wird. Nachdem das Hallenbad zum Olympia-Zentrum umgewandelt wurde und der allgemeinen Nutzung durch die Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung steht, muß die in diesem Zusammenhang geplante Umgestaltung des Freibades eine eindeutige Verbesserung des Freizeitangebots für den Stadtteil mit sich bringen.

Ein zentrales Bürgerhaus soll zum Zentrum des Stadtteils werden und als Ort für soziokulturelle Aktivitäten und Zusammenkünfte dienen können.

4.2.5 Schlußbemerkungen

Im Auswahlgebiet Dulsberg ist der Diskussionsstand über ein stadtteilpolitisches Handlungskonzept relativ weit fortgeschritten. Das vorliegende Konzept baut daher auf bereits eingeleiteten Maßnahmen der Verwaltungen und den politischen Vorgaben auf der Basis der kommunalpolitischen Beschlußlage auf. Eines der dringlichsten Projekte, welches im Rahmen dieses Konzeptes nur am Rande erwähnt wurde, ist die Schaffung von weiteren Kindertagesheimplätzen. Dafür sind bauliche Maßnahmen notwendig. Die Regionalisierung der Verwaltung, die personelle Aufstockung der vorhandenen sozialen Einrichtungen, weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen sowie die Schaffung eines Bürgerhauses werden frühestens 1993 haushaltswirksam werden.

Mit der Schaffung eines Trägerverbundes soll

- den BürgerInnen der Eindruck von "Staatspräsenz und Kontrolle" in allen Lebensbereichen erspart,
- der bestehenden Haltung der professionellen MitarbeiterInnen Rechnung getragen werden.

Die personelle Anbindung der MitarbeiterInnen bei unterschiedlichen Trägern birgt die Gefahr in sich, daß sich Arbeitsorganisationen und Interessenvertretung sehr kompliziert gestalten kann (vergl. Sozialstationen). Es muß daher über eine Verbundlösung nachgedacht werden, die diese Probleme mit einbezieht, zumal geplant ist, Schritt für Schritt auch weitere Einrichtungen im Stadtteil mit einzubeziehen. Die Verlagerung von Verwaltungs- und Politikkompetenzen auf neue Institutionen wird, so ist zu vermuten, zu Kompetenzkonflikten mit bestehenden Einrichtungen führen.

4.3 Pilotprojekt Jenfeld

4.3.1 Allgemeine Beschreibung des Stadtteils, seiner Bevölkerung und der Problemlagen

Der größtenteils in den 60er und 70er Jahren erbaute Stadtteil Jenfeld ist ein Stadtteil ohne inneren Zusammenhang. Kennzeichnend sind geradezu bizarre Brüche, wie z. B. das unvermittelte Nebeneinander von Einfamilienhausgebieten und Hochhauszeilen sowie das Netz von Verkehrsadern, das sehr viel Fläche beansprucht und den Stadtteil regelrecht zerschneidet. Im Jahre 1987 lebten in Jenfeld 24.138 Menschen. Hiervon waren 13,7 v.H. AusländerInnen, wobei die - vermutlich hohe - Zahl der AsylbewerberInnen nicht mitgerechnet ist. Der Anteil ausländischer Bevölkerung ist in Jenfeld mindestens doppelt so hoch wie der durchschnittliche Ausländeranteil Wandsbeks. Auch die Zahl der deutschstämmigen AussiedlerInnen liegt in Jenfeld weit über dem Bezirksdurchschnitt.

Ein weiteres hervorstechendes Merkmal der Jenfelder Bevölkerungsstruktur ist die Tatsache, daß in diesem Stadtteil besonders viele Familien mit mehr als zwei Kindern leben - obwohl die durchschnittliche Einkommenshöhe hier sowohl deutlich unter dem Wandsbeker als auch unter dem Hamburger Durchschnitt liegt. Erschreckend hoch ist in Jenfeld die Zahl der von Sozialhilfe lebenden Menschen: 1987 waren 26,3 % aller Jenfelderinnen und Jenfelder auf staatliche Hilfe angewiesen. Eine besonders hohe Konzentration von SozialhilfeempfängerInnen zeigt sich in einigen Straßen, die durch sozialen Wohnungsbau geprägt sind: Charlottenburger Straße, Kreuzburger Straße, Oppelner Straße, Schweidnitzer Straße, Bekkamp, Jenfelder Allee, Gleiwitzer Bogen und Jenfelder Straße.

In den dort errichteten Großwohnanlagen lebt der größte Teil der Jenfelder Bevölkerung. Seit einiger Zeit tritt hier - ähnlich wie in den Stadtteilen Steilshoop, Mümmelmannsberg und Kirch-

dorf-Süd - ein hohes Maß an Aggression zutage, die sich vor allem in Form von Vandalismus äußert. Neben der Frustration über Probleme, wie z. B. Arbeitslosigkeit und beengte Wohnverhältnisse, spielen in diesem Zusammenhang auch die häufig bedrückend wirkende Bauweise sowie der Mangel an Grünflächen und das Defizit an sozialer und kultureller Infrastruktur eine ursächliche Rolle. Ebenso läßt die Verkehrsinfrastruktur für die Jenfelder Bevölkerung zu wünschen übrig. So ist die einzige direkte ÖPNV-Verbindung zwischen Jenfeld und der Innenstadt eine Schnellbuslinie, wobei zu berücksichtigen ist, daß häufige Schnellbusfahrten für die meisten BewohnerInnen Jenfelds aus finanziellen Gründen nicht in Frage kommen. Die beiden anderen Buslinien enden in Wandsbek Markt und haben einen - zumindest am Abend - ausgesprochen fahrgastunfreundlichen Zeittakt.

4.3.2 Soziokulturelle Infrastruktur

Straßensozialarbeit Jenfeld, Kreuzburger Straße 20
(2 hauptamtliche MitarbeiterInnen), Aufgabe: Betreuung Jugendlicher (z.B. Drogenprävention)

Jugendclub Jenfeld, Jenfelder Allee 47
(2 hauptamtliche MitarbeiterInnen), Aufgabe: Jugendgerichtshilfe (Betreuung Jugendlicher, die unmittelbar aus der Haft entlassen sind oder deren Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde)

Jugendzentrum Jenfeld, Jenfelder Tannenweg 10
(2 hauptamtliche Stellen, mehrere ABM-Stellen),
Aufgabe: Offene Kinder- und Jugendarbeit (z.B. Nachhilfeunterricht)

Kulturkreis Jenfeld, Rodigallee 303
(keine hauptamtliche Stelle, keine ABM-Stelle), Aufgabe: Durchführung von Kursprogrammen für Erwachsene (Sprachkurse, Kochkurse etc.)

Freie Kulturinitiative Jenfeld, Kelloggstraße 40-42
(2 ABM-Stellen und eine halbe feste Stelle),
Aufgabe: Offene Kinder- und Erwachsenenarbeit (z.B. Malkurse für Kinder und Erwachsene)

Selbsthilfe e.V., Bekkamp 46
(1 LKZ-Stelle, 1 ABM-Stelle),
Vereinigung der Jenfelder Mieterinitiativen (zusammen mit Förderverein Träger des Jenfeld-Hauses)

Stadtteilbüro Jenfeld, Bekkampweg 16, (eine feste Stelle, eine ABM-Stelle), Aufgabe: Beratung und Hilfe für Erwachsene, z.T. auch Koordinationsstelle von Stadtteilinitiativen

Jugendwohnung Jenfeld, Briegerweg 6, (eine 20-Stunden-Stelle aus den Sozialen Diensten Wandsbek), Aufgabe: Betreuung Jugendlicher, die nicht zuhause wohnen können, bis zum Abschluß von Schul- oder Berufsausbildung

Haus der Jugend, Jenfelder Straße 252
(4 hauptamtliche MitarbeiterInnen)

In den meisten dieser Einrichtungen sind große Probleme wegen des Wegfalls von ABM-Stellen zu erwarten. Dies betrifft insbesondere die Freie Kulturinitiative Jenfeld, den Selbsthilfeverein (und somit auch das Jenfeldhaus), das Jugendzentrum und das Stadtteilbüro, weil die hier geleistete Arbeit z.Zt. ausschließlich bzw. stark überwiegend von ABM-Kräften erbracht wird. Ein ernstzunehmendes Problem stellt auch die Tatsache dar, daß das Haus der Jugend - ähnlich wie in Dulsberg - durch die hohe Anzahl ausländischer Besucher unter deutschen Jugendlichen in immer stärkerem Maße an Akzeptanz verliert.

4.3.3 Verbesserung der Stadtteilentwicklung

4.3.3.1 Die vorhandenen Organisationsstrukturen und die bisherigen Maßnahmen

Seit Mitte 1989 gibt es in Jenfeld ein gezieltes Zusammenwirken von Initiativen und Parteien und Vereinen zur Verbesserung der Stadtteilstruktur. Ebenfalls seit 1989 bekommt Jenfeld erhebliche Mittel aus dem Revitalisierungsfonds. Im März 1990 legte ein Planungsbüro ein Gutachten zur Verbesserung der städtebaulichen Entwicklung und des Wohnumfeldes ("Jenfeld-Gutachten") vor. Wenige Monate später konstituierte sich in der Bezirksversammlung Wandsbek ein "Jenfeldausschuß", der seither über stadtteilspezifische Probleme und Möglichkeiten und deren Lösung berät. Der im Sommer 1989 gegründete "Förderverein für Jenfeld e.V." arbeitet überparteilich und hat die Unterstützung aller Maßnahmen zur Verbesserung von Bausubstanz, Wohnumfeld sowie der sozialen und kulturellen Infrastruktur in Jenfeld zum Ziel. Dies schließt den intensiven Kontakt zu den zuständigen Behörden mit ein. Auch der Selbsthilfeverein, der alle Mieterinitiativen umfaßt, ist im Förderverein für Jenfeld aktiv.

4.3.3.2 Zielrahmen

Die Bemühungen um eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in Jenfeld sollten sich an folgenden längerfristigen Zielsetzungen orientieren:

- Aufbau einer Jenfelder Gesamtidentität (z. B. durch optisch wirksame Abschwächung baulicher Gegensätze);
- Imageverbesserung und familienfreundlichere Gestaltung des Stadtteils durch zusätzliche Grünflächen
- Schaffung eines radial auf das Einkaufszentrum und den Öfendorfer Damm ausgerichteten Fuß- und Radwegenetzes zur

Stärkung des Bezuges zur Ortsmitte;

- Förderung einer gemischten Bevölkerungsstruktur mit unterschiedlichen Wohn- und Eigentumsformen;
- Verbesserung der Integration von AusländerInnen;
- Zurückverlegung der sozialen Dienste nach Jenfeld.

4.3.3.3 Kurzfristige Maßnahmen

Die Bemühungen um eine Verbesserung der Lebensverhältnisse in Jenfeld sollten sich an folgenden kurzfristigen Zielsetzungen orientieren.

Bauen und Wohnen

Die Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung in der Schweidnitzer Straße (Begrünung, mehr Spielplätze, Entfernung der Müllboxen, Herrichtung der Parkpalette) müssen fortgesetzt werden. Auch im Bereich Oppelner Straße/ Bekkamp, Gleiwitzer Bogen, Schmiedberger Weg, ist eine freundlichere Gestaltung des Wohnumfeldes dringend erforderlich. Darüber hinaus muß hier eine Sanierung der Bausubstanz in Angriff genommen werden. Zeitgleich mit der Fertigstellung der im B-Plan Jenfeld 19 vorgesehenen Wohnanlage ist auf der angrenzenden Fläche ein Freizeitgelände zu schaffen.

Verkehr

Im Bereich des Jenfelder Einkaufszentrums ist zur Verkehrsberuhigung ein Rückbau des Öjendorfer Damms (ggfs. verbunden mit Maßnahmen gegen evtl. daraus resultierende zusätzliche Belastungen für andere Straßen) vorzunehmen. Zugleich müssen Lärmschutzmaßnahmen für die Anlieger der A 24 ergriffen werden. Besonders wichtig ist die Verbesserung des Nahverkehrsangebotes für die

Jenfelder Bevölkerung. Hierzu gehört vor allem eine direkte Anbindung Jenfelds an die Innenstadt und die fahrgastfreundlichere Gestaltung der Zeittakte.

Kultur/Soziales

Angesichts des in Jenfeld evidenten Mangels an sozialer und kultureller Infrastruktur kommt dem Jenfeld-Haus eine besondere Bedeutung zu. Die dort begonnene Errichtung eines Anbaus muß so schnell wie möglich abgeschlossen werden.

4.4 Pilotprojekt Westliche Innere Stadt

4.4.1 Charakterisierung der regionalen Struktur

Das Projekt Westliche Innere Stadt umfaßt zum einen das Gebiet des Stadtteils St. Pauli und des Karolinenviertels (Bezirk Mitte) und zum anderen das Schanzenviertel sowie Randbereiche von Altona und reicht damit auch in die Bezirke Eimsbüttel und Altona hinein.

Da es sich hier - im Unterschied zu den anderen Projekten - nicht um ein in sich geschlossenes, homogenes Gebiet handelt, ist die Charakterisierung zunächst schwieriger. Da die genannten Gebiete jedoch eine hohe Affinität hinsichtlich ihrer sozialen und infrastrukturellen Probleme aufweisen, ist eine exemplarische Beschreibung auf der Grundlage der Daten des Bezirks Mitte, wie sie im folgenden vorgenommen wird, möglich.

4.4.1.1 Allgemeine Problemlage

Vergleich zu allen anderen Hamburger Bezirken ist der Bezirk Mitte sowohl quantitativ wie qualitativ am stärksten mit sozialen Problemen belastet. Die räumliche Konzentration besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen spitzt sich hier im Bereich der Westlichen Inneren Stadt nochmals drastisch zu. Dies betrifft die gesamten Lebensumstände der betroffenen Bevölkerungsgruppen, d.h. ihre materiellen Möglichkeiten, ihre Bildungs- und Arbeitssituation sowie ihre sonstigen Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Aber auch die Wohnungs- und Wohnumfeldsituation wirkt sich benachteiligend auf die Lebensumstände der betroffenen Bevölkerungsgruppen aus.

Mit einer Erwerbslosenquote von 13,9 % liegt der Bezirk mit 5,8 % über dem Gesamtergebnis von 8,1 %. Besonders augenfällig ist

hier ein hoher Anteil von Dauerarbeitslosigkeit.

Die ungünstige soziale Struktur des Bezirks wird auch dadurch deutlich, daß etwa 23,2 % aller SozialhilfeempfängerInnen im Bezirks Hamburg-Mitte wohnen. Bezogen auf die Wohnbevölkerung bedeutet das, daß fast jeder 11. Einwohner SozialhilfeempfängerIn ist. In St. Pauli ist fast jeder 7. EinwohnerIn SozialhilfeempfängerIn. Bezeichnend ist zudem die Tatsache, daß es im Bezirk Mitte seit 1980 die höchste Steigerungsrate bei den Sozialhilfefällen gegeben hat. Sie ist mit 180,25 % fast doppelt so hoch wie das Durchschnittsergebnis für das gesamte Stadtgebiet.

21,3 % aller WohngeldempfängerInnen Hamburgs sind in diesem Bezirk gemeldet. D.h. fast jeder 10. EinwohnerIn in Hamburg--Mitte bezieht Wohngeld. Die prekäre materielle Situation ist desweiteren durch eine starke Verschuldung weiter Bevölkerungskreise gekennzeichnet.

Der Rückgang familiärer Bindungen, Vereinsamung, ein insgesamt geringeres soziales Bewußtsein sowie problematische Verhaltensweisen wie Alkoholmißbrauch, Drogenkonsum, Prostitution, Vandalismus, Gewalttätigkeit und Kriminalität sind Erscheinungsformen dieses Gebietes. Dies wird besonders durch die Belastung der Bevölkerung von St. Pauli durch das Vergnügungsviertel verstärkt.

Die Bausubstanz der Westlichen Inneren Stadt ist allgemein als überaltert zu bezeichnen. Fehlende Grünflächen sowie eine hohe Verkehrsbelastung tragen zu einem - in weiten Bereichen - tristen Eindruck bei.

4.4.1.2 Anteil der ausländischen Bevölkerung

Der gesamte Bezirk ist außerdem geprägt durch den verhältnismäßig höchsten Ausländeranteil Hamburgs. Die gerade in den letzten Jahren stark angestiegene Quote beträgt derzeit etwa

25 %. In der Westlichen Inneren Stadt liegt der Ausländeranteil sogar bei 40 % (Hamburg gesamt: 13,4 %).

In Kombination mit den sozialen Problemkonstellationen birgt das Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen auf engstem Raum doch erheblichen sozialen Zündstoff. Wachsende Ausländerfeindlichkeit ist eine Folge dieser Situation. Dazu trägt insbesondere auch die geballte Unterbringung v.a. in Hotels von etwa 1.000 Asylsuchenden sowie 1.000 sonstigen Obdachlosen allein im Bereich St. Pauli-Nord bei.

Eine besondere Stellung bei den AsylbewerberInnen kommt den im St. Pauli-Karolinenviertel lebenden 250 Roma (plus ca. 330 Roma, die im engeren Umkreis des Karolinenviertels wohnen) zu.

Es sind dies überwiegend jugoslawische Roma, von denen ein beträchtlicher Teil bereits seit einigen Jahren in Wohnungen direkt im Karoiviertel wohnen. Ein weiterer großer Teil ist in Hotels untergebracht, die in unmittelbarer Nachbarschaft liegen. Bedingt durch die politische Entwicklung ist die Zahl in den letzten Monaten stark angestiegen, wobei sich auch zahlreiche Roma-Familien illegal niedergelassen haben.

Aufgrund eines stark durch soziale Entwurzelung und Perspektivlosigkeit geprägten Verhaltens vor allem der jugendlichen Roma schwelt hier ein offener Konflikt. Neben gewalttätigen und belästigenden Übergriffen und Schlägereien (vor allem zwischen Türken und Roma), gewann der Handel mit Drogen hier zunehmend an Bedeutung. Angesichts der eskalierenden Situation reichen hier die bestehenden Einrichtungen und Institutionen nicht mehr aus.

4.4.1.3 Stadterneuerung in der Westlichen Inneren Stadt

Infolge der Ausweisung von Stadterneuerungsgebieten in Altona und St. Pauli ist ein Wandel in den Bevölkerungsstrukturen insbesondere durch den verstärkten Zuzug junger Menschen - hier als Tendenz auszumachen.

Bei der Gründung der Stadtentwicklungsgesellschaft (STEG) sind die Probleme benannt worden, mit denen Stadterneuerungspolitik sich in diesen Gebieten exemplarisch auseinandersetzen muß. Sie haben ihre Gültigkeit nicht verloren und werden deshalb an dieser Stelle im einzelnen aufgeführt:

1. Konkurrenz von Industrie- und Gewerbeansiedelungen zu Wohnbedürfnissen und Grünanlagen,
2. knapper werdende Ressourcen (z.B. Verfügbarkeit von unbebauten Grundstücken; diffizile Abwägungsprozesse im Hinblick auf Nutzungskonkurrenzen),
3. gestiegenes Umweltbewußtsein bei erhöhter Umweltbelastung (z.B. Verkehr, Lärm),
4. wirtschaftlicher Strukturwandel und demographische Verschiebungen (Anstieg der Haushalte bei stagnierender Bevölkerungszahl; starker AusländerInnen; Zuzug junger Menschen),
5. weit über dem Einkommenszuwachs liegender Anstieg der Mieten im Altbaubestand bei Verfestigung der Zahl von Arbeitslosen und weiterem Anstieg der SozialhilfeempfängerInnen.

4.4.1.4 Vorarbeiten für die Maßnahmenbeschreibung

Am 7. September 1990 ist der Arbeitskreis (AK) Stadtentwicklung als ressortübergreifendes Instrument der SPD-Bürgerchaftsfraktion mit dem Ziel die Stadterneuerungspolitik in ausgewiesenen Bereichen gezielt voranzutreiben, gegründet worden.

Auf insgesamt neun Sitzungen zum Schwerpunkt St. Pauli, Schanzen- und Karolinenviertel, wurden die Probleme und Perspektiven des Gebietes intensiv diskutiert und Handlungsansätze ent-

wickelt. Einbezogen in die Arbeit des AKs waren auch die zuständigen Fachbehörden wie die Baubehörde, die BfI, die BAGS, die BSJB, die Finanzbehörde, die BWVL, das Senatsamt für Bezirksangelegenheiten, sowie die Bezirksamtsleiter von Hamburg-Mitte und Altona.

Die zweite Stufe der Arbeit des AKs bildete die Anhörung der Vertreter der örtlichen Parteigliederungen (Distrikte St. Pauli-Süd, St. Pauli-Nord, Innenstadt, Heiligengeistfeld, Altona Altstadt und Altona-Nord) sowie die der Vorsitzenden der Bezirksfraktionen von Hamburg Mitte und Altona.

Die Ergebnisse der Beratungen sind in konkrete Handlungsansätze und in einen Forderungskatalog eingemündet, der im folgenden die Grundlage des Maßnahmenkataloges für die WIS bildet.

Der in der 14. Legislaturperiode gegründete Arbeitskreis Stadtentwicklung hat sich im Januar 1992 im Rahmen einer Begehung vor Ort über die besonderen Probleme des Karolinenviertels informiert. Die Erkenntnisse dieser Gespräche mit den zahlreichen im Viertel tätigen Initiativen und Institutionen sind ebenfalls in das Maßnahmenpapier für die WIS eingeflossen.

4.4.2 Organisations- und Entscheidungsstrukturen zur Verbesserung der Stadtteilentwicklung in der westlichen Inneren Stadt

4.4.2.1 Bestandsaufnahme der örtlichen Probleme und Vorbereitung der Entscheidungsfindung

Für den Bereich der Westlichen Inneren Stadt wurde mit der Gründung der Stadtentwicklungsgesellschaft (STEG) im Dezember 1989 ein zentraler methodischer Ansatz unseres Modells zur Verbesserung der Lebenssituation in den regional-sozialen Schwerpunkten der Stadtteilentwicklung bereits umgesetzt.

Stadterneuerung in besonders problembelasteten Gebieten, in denen die beschriebenen Problemlagen kumulativ zusammentreffen, kann allein aus der Sicht technisch-städtebaulicher Planung den vorhandenen Problemen nicht gerecht werden. Vielmehr müssen Arbeits- und Nutzungskonzepte der Stadterneuerung entwickelt werden, die städtebauliche, wohnungs-, sozial-, arbeitsmarkt-politische und stadtteil-kulturelle Ziele zu einem integrierten Ansatz verbinden.

Durch das Instrumentarium der STEG sind wichtige Bereiche der Stadterneuerung und Stadtteilentwicklung in der Westlichen Inneren Stadt aus dem sektoral aufgeteilten und zuständigen Geflecht der Administration ausgelagert worden, um die, auch von uns angestrebte, effektivere Koordination und Kooperation aller lokalen Akteure zu gewährleisten.

Es bietet sich an, bei der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen zur Stadtteilentwicklung in der WIS diese vorhandene Infrastruktur zu nutzen. Hierzu könnte die STEG organisatorisch und finanziell besser ausgestattet und ihre Funktion im Viertel weiter ausgebaut werden.

4.4.2.2 Strukturen zur Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtteilentwicklung in der Westlichen Inneren Stadt

Aufgrund ihres integrierten Planungsansatzes und ihrer vor Ort vorhandenen Struktur, die den anzustrebenden Ansatz des "Planens von unten" ermöglicht, wäre die STEG in der Lage ein Großteil der Arbeit eines angedachten Stadtteilbeirats zu leisten oder zumindest dessen Gründung in die Wege zu leiten und dessen Arbeit anzuleiten.

Einen großen Anteil der Mietwohnungen im Quartier gehört der Stadt und ist in das Treuhandvermögen der STEG übertragen wor-

den. Die Vermieterfunktion läßt die STEG in den Augen vieler Beteiligter interessengebunden erscheinen. Zwar sollte die STEG ein Forum und eventuell ein Stadtteilbüro initiieren - um jedoch eine möglichst gute Akzeptanz zu erreichen, sollte die endgültige Organisationsform und Trägerschaft der Diskussion vor Ort überlassen bleiben.

Hierbei könnten auch die Erfahrungen und Ressourcen der im Bereich der WIS zahlreich vorhandenen Stadtteilinitiativen (Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel etc.) genutzt und miteinander vernetzt werden.

Aufgabe dieser Planungsinstanz könnte es sein, die besonderen Probleme der Stadtteilentwicklung in der WIS aufzubereiten, Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtteilentwicklung zu benennen und diese entscheidungsreif zu machen.

4.4.3 Allgemeine Handlungsanforderungen zur Verbesserung der Lebenssituation in der Westlichen Inneren Stadt:

4.4.3.1 Bauen und Wohnen

Ankaufspolitik

Priorität hat der Erhalt preiswerten Wohnraums im Gebiet. Die Mietentwicklung, insbesondere im Bereich Schanzen- und Karolinenviertel zeigt, daß unter den gegebenen bundesrechtlichen Mietgesetzen öffentliches Eigentum die beste Voraussetzung ist, Mieten zu beeinflussen. Deshalb sollte die Stadt Häuser ankaufen, wenn sie die Möglichkeit dazu hat.

Wohnungsbau

Neuer sozialer Wohnungsbau soll dort stattfinden, wo es städtebaulich vertretbar und aus den Wohnbedürfnissen des Quartiers (z.B. wegen Sanierung) begründbar ist.

Verbesserung des planungsrechtlichen Instrumentariums

Die Ausdehnung bzw. Neuausweisung von Sanierungsgebieten in St.Pauli Süd und St.Pauli Nord ist wünschenswert. Darüber hinaus ist das planungsrechtliche Instrumentarium für Bereiche außerhalb von Sanierungsgebieten zu erweitern (Milieuschutz/soziale Erhaltungssatzung).

Belegungspolitik

Von den rund 58.000 Wohnungen in der WIS haben maximal 5.000 Sozialwohnungen (einschließlich der der SAGA und GWG) Belegungsbindungen. Nur rund 10 Prozent des Wohnungsbestandes sind danach über die Belegungspolitik steuerbar. Die jetzige Bevölkerungsstruktur ist Ergebnis des Strukturwandels der WIS; die preisgünstigen Altbauwohnungen sind in schlechtem baulichen Zustand und die typischen Quartiere für AusländerInnen und niedrigere Einkommensgruppen. Der weitere Zuzug von AusländerInnen und AusiedlerInnen sowie von ProblemmieterInnen ist einzudämmen. Das Viertel verträgt zudem keine zusätzlichen Obdachloseneinrichtungen. Eine weitere Ansiedlung von alternativen Wohnprojekten ist vor dem Hintergrund der bestehenden Probleme im Einzelfall gründlich zu prüfen.

4.4.3.2 Verkehr

Aufgrund der hohen Verkehrsbelastung des Karolinen- und Schanzenviertels und St.Pauli's (Dom, Messe, Fußball) besteht dringender Handlungsbedarf zur Verkehrsreduzierung und -beruhigung.

ÖPNV

- Der weitere Ausbau eines attraktiven ÖPNV ist dazu wichtigste Voraussetzung. Gerade wenn Verkehrsberuhigung innerhalb des Wallrings die äußere Innenstadt nicht zusätzlich belasten soll, muß der Autoverkehr an der Quelle in den ÖPNV gelenkt werden (P+R-Anlagen im Umland ausbauen/Tarifgestal-

tung). Die bestehenden Einrichtungen des ÖPNV sind in ihrem Angebot auszuweiten (attraktivere Verbindungen/bessere Fahrplanabstimmung). Die Haltestellen und Verkehrsmittel des HVV sind benutzerfreundlicher zu gestalten (mehr Sauberkeit und Sicherheit).

- Zur Vermeidung von Autoverkehren im Zusammenhang mit Großveranstaltungen sind vor allem Maßnahmen zu treffen, die die Akzeptanz öffentlicher Verkehrsmittel erhöhen. Hierzu ist der Fraktion der Umsetzungsstand des von der Bürgerschaft beschlossenen 25-Punkte-Programms zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV darzulegen und zu prüfen, ob dieses Programm ggfs. durch weitere Maßnahmen zu ergänzen ist.
- Aufgrund der regelmäßigen Großveranstaltungen im Quartier sind deshalb beispielsweise gekoppelte Angebote der Veranstalter in Zusammenarbeit mit dem HVV den Besuchern zur Verfügung zu stellen.

Verkehrsberuhigung

Neben dieser Vermeidungsstrategie, die auf einen verbesserten ÖPNV setzt, sind allerdings auch gezielte bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und Maßnahmen der Verkehrslenkung zu veranlassen, die den Autoverkehr aus den betroffenen Vierteln führen bzw. den Suchverkehr aus den Wohnbereichen heraushalten.

Quartiersbus

In Altona-Altstadt/St.Pauli ist eine Quartiersbuslinie mit dem Ziel einzurichten, die schlechten Verkehrsbedingungen dieses Raumes mittels einer Anbindung an das Schnellbahnnetz in Altona und St.Pauli zu verbessern.

4.4.3.3 Inneres

Zuzug von Ausländern und Aussiedlern

Eine zentrale Forderung in diesem Bereich betrifft Maßnahmen, die einen weiteren Zuzug von AusländerInnen und AussiedlerInnen eindämmen.

Drogenbekämpfung

Dringend geboten ist eine verstärkte Bekämpfung der Drogenproblematik im Schanzen- und Karolinenviertel und in St.Pauli. Hier sind vor allem Maßnahmen zu prüfen, die die besondere Rolle der türkischen Kulturvereine im Drogenmilieu (Brennpunkt Paul-Roosen Straße/Clemens-Schultz-Straße) berücksichtigen.

Prostitution

Für den Bereich St.Pauli ist das Problem Prostitution von besonderer Bedeutung. Es ist sicherzustellen, daß ein weiteres Übergreifen der Prostitution und ihrer Begleiterscheinungen (Drogenmißbrauch und die damit verbundene Beschaffungskriminalität) auf die Wohnviertel nördlich der Simon-von-Utrecht-Straße verhindert wird.

4.4.3.4. Soziales

Von besonderer Bedeutung für die Wohn- und Lebensqualität im Bereich Schanzen- und Karolinenviertel und St.Pauli ist der weitere Ausbau der örtlichen sozialen Infrastruktur.

Kindertagesstätten

Im Kindertagesstättenprogramm muß deshalb ein besonderer Schwerpunkt auf dieses Quartier gelegt werden.

Beschäftigungsprogramme für arbeitslose Jugendliche

Programme für arbeitslose Jugendliche sind im Quartier besonders schwierig zu realisieren, aber auch besonders notwendig. Die sächlichen (z.B. Räume) und personellen Voraussetzungen hierfür

müssen erhalten und möglichst mit den Zielen und Instrumenten der Stadterneuerungspolitik verknüpft werden.

Drogenberatung

Neben der Bekämpfung der Drogenproblematik mit polizeilichen Mitteln müssen ausreichend Einrichtungen zur Drogenberatung und -prävention im Quartier geschaffen werden. Freizeit- und Sportstätten Freiflächen im Viertel müssen verstärkt auch Freizeitnutzungen (Sportstätten) zugeführt werden (Neuer Kamp/Sternstraße/Rinderschlachthalle).

4.4.3.5 Schule

Die Verbesserung des schulischen Leistungsangebotes verhindert den problematischen Prozeß der sozialen Entmischung im Quartier, da bei verbessertem Leistungsumfang verstärkt auch deutsche SchülerInnen an den Schulen im Viertel verbleiben.

- Die ansässigen Schulen müssen deshalb sowohl mit Personal (u.a.PräventionslehrerInnen) als auch mit Räumen (Lehrräume und Sporthallen) und Schulaußenflächen besser versorgt werden.
- Einrichtung einer Ganztagschule an der Schule Friedrichstraße einschließlich baulicher Maßnahmen.
- Das Angebot an Ganztagschulen muß ebenso wie der pädagogisch betreute Mittagstisch ausgebaut werden.

4.4.4 Kurzfristig umzusetzende Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation in der Westlichen Inneren Stadt

4.4.4.1 St.Pauli

- Das Haus der Jugend St. Pauli wird durch entsprechende Mittelausstattung in die Lage versetzt werden, ganzwöchig geöffnet zu sein, um eine durchgehende Betreuung der Jugendlichen und Jungerwachsenen zu gewährleisten.
- Erarbeitung eines Konzeptes für die Verkehrsführung Holstenstraße/Paul-Roosen-Straße
- Anbindung des Lieferverkehrs der Bavaria Brauerei an den Verkehrsknotenpunkt Millerntorplatz
- Einrichtung eines Linksabbiegers Neuer Kamp/Budapester Straße
- Verbesserung der räumlichen und personellen Situation der Sozialdienststelle St.Pauli
- Förderung einer zusätzlichen Drogenhilfeeinrichtung
- Verlagerung des Betriebsplatzes der Stadtreinigung von der Clemens-Schultz-Str. an die Glacischaussee (Feuerwache 11) und Schaffung eines Recyclinghofes.
- Um die Wohnviertel vor den erheblichen Besucherverkehren zu schützen, ist in St.Pauli Anwohnerparken mit lizenzierten Parkplätzen umgehend einzuführen.

4.4.4.2 Schanzenviertel

- Übertragung der alten Rinderschlachthalle Feldstraße/Neuer Kamp auf die STEG, um das Gelände einer sinnvollen Stadtteilnutzung (Märkte, Freizeit) zuzuführen

- Verkehrsberuhigungsmaßnahmen am Schulterblatt in Anlehnung an die Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Eimsbütteler Straße
- Wegen der fehlenden Freizeiteinrichtungen im Viertel ist der Schulhof der Schule Altonaer Straße besser mit Spiel- und Sportgeräten auszustatten.
- Um die Wohnviertel vor den erheblichen Besucherverkehren zu schützen, ist im Schanzenviertel Anwohnerparken mit lizenzierten Parkplätzen umgehend einzuführen.

4.4.4.3 Karolinenviertel

- Aufteilung der in Hotels untergebrachten Asylbewerber aus der Volksgruppe der Roma und Sinti auf die anderen Bezirke.
- Einrichtung eines pädagogisch betreuten Mittagstisches in der Schule Laeiszstraße
- Umwandlung der Schule Laeiszstraße in eine integrative Grundschule
- Verbesserung der räumlichen Situation der Schule Laeiszstraße
- Um die Wohnviertel vor den erheblichen Besucherverkehren zu schützen, ist im Karolinenviertel Anwohnerparken mit lizenzierten Parkplätzen umgehend einzuführen.
- Personelle Verstärkung des Amtes für Soziale Dienste insbesondere für die Kontaktaufnahme, Betreuung und Beratung der im Karolinenviertel lebenden Roma

- Stärkung der Selbsthilfearbeit durch Schaffung einer Stelle für eine Vertrauensperson der Roma, um bestehende Konflikte, aber auch Probleme der Roma im Viertel abzubauen.

5. Ausblick

Durch das von der SPD-Fraktion initiierte bürgerschaftliche Ersuchen Drs. 14/213 ist der Senat veranlaßt worden, mit dem Haushaltsplanentwurf 1992 über darin enthaltene bisherige und neue zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation in den sozialen Brennpunkten der Stadt zu berichten. Der Senat hat dies zum Anlaß genommen, künftig sein Instrumentarium zur Analyse der Bedarfe in diesen Teilen der Stadt zu erweitern und daraus die erforderlichen Schlußfolgerungen für seine Haushaltsgestaltung zu ziehen. Der Bericht des Senats wird insoweit eine bedarfs- und handlungsorientierte Fortschreibung erfahren.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat neben ihrem o.g. Ersuchen zu Beginn der Legislaturperiode mit ihren auf die Verbesserung der Lebenssituation in den sozialen Brennpunkten konzentrierten Haushaltsanträgen und den Pilotprojekten Dulsberg, Jenfeld und westliche Innenstadt wichtige Impulse ausgelöst, die dazu beitragen sollen, daß durch das konkrete, sichtbare und spürbare Wirksamwerden dieser Maßnahmen die betroffenen Menschen wieder stärkeres Vertrauen in die bedarfsgerechte Handlungsfähigkeit der SPD-PolitikerInnen finden.

Um diesen Politikansatz fortzuführen, bedarf es der genauen Kenntnis und Erfahrung der Situation "vor Ort". Dazu müssen die Politikerinnen und Politiker die sozialen Brennpunkte und die Menschen, die dort selbst leben, aufsuchen und sich originäre Kenntnis der Situation vor Ort verschaffen, die Probleme und Vorschläge der dort lebenden Menschen anhören, verarbeiten und in parlamentarisches Handeln umsetzen. Die Abgeordneten der SPD-Bürgerschaftsfraktion werden deshalb künftig noch mehr als bisher "vor Ort" sein.

Die Fraktion wird ihre Sitzungen künftig nicht nur im Rathaus, sondern auch vor Ort in den sozialen Brennpunkten der Stadt mit jeweils vorgeschalteten Begehungen abhalten.

Anhang

14. Wahlperiode

A N T R A G

der Abgeordneten

Günter Elste, Ingo Kleist, Jan Ehlers, Dr. Dorothee Stapel-
feldt, Dr. Gerd Weiland, Ute Pape (SPD) und Fraktion

Haushalt 1992

Einzelplan	1.2	Bezirksverwaltung
Kapitel	1700	Bezirksverwaltung
Titel	548.09	Zentral veranschlagte Mittel für Maß- nahmen zur Verbesserung der Stadtteil- entwicklung - NEU -
Titel	791.09	Zentral veranschlagte Mittel für in- vestive Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtteilentwicklung - NEU -

Die Bürgerschaft möge beschließen,

im Einzelplan 1.2 " Bezirksverwaltung " werden im Kapitel 1700
" Bezirksverwaltung " die folgenden Titel mit den angegebenen
Haushaltsvermerken neu eingerichtet:

a. 548.09 Zentral veranschlagte Mittel für Maßnahmen zur
Verbesserung der Stadtteilentwicklung

Übertragbar

Einseitig deckungsfähig zugunsten 791.09

b. 791.09 Zentral veranschlagte Mittel für investive Maß-
nahmen zur Verbesserung der Stadtteilentwicklung

Übertragbar

Einseitig deckungsfähig zu Lasten 548.09

Bei den Titeln werden folgende Ansätze ausgebracht:

a. 3 Mio. DM Kassenmittel
6 Mio. DM Verpflichtungsermächtigung

b. - Kassenmittel
6 Mio. DM Verpflichtungsermächtigung

Im Erläuterungsbeihft Band II werden folgende Erläuterungen neu ausgebracht:

Zu 1700.548.09 :

" Die Mittel dienen zur Deckung von Personal- und Sachkosten bei Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtteilentwicklung in regional-sozialen Schwerpunktbereichen der Stadt.
Über die Mittelzuwendung entscheidet die Bürgerschaft."

Zu 1700.791.09 :

" Die Mittel dienen zur Deckung von Investitionskosten bei Maßnahmen zur Verbesserung der Stadtteilentwicklung in regional-sozialen Schwerpunktbereichen der Stadt.
Über die Mittelzuwendung entscheidet die Bürgerschaft."

Stadtteil	Tabelle 1 Einkommen/Wahlbeteiligung	
	Arithmetisches Mittel der steuerpfl. Einkünfte in DM im Jahre 1986	Wahlbeteiligung bei der Bürgerschaftswahl am am 9.11.1986 in %
Nienstedten	129.316,--	86,5 (1991: 75,6)
Othmarschen	105.725,--	86,5 (1991: 75,6)
Blankenese	100.939,--	85,4 (1991: 76,1)
Wohldorf- Ohlstedt	90.933,--	87,5 (1991: 76,3)
Wellingsbüttel	85.335,--	87,1 (1991: 78,9)
Lehmsahl- Mellingstedt	75.213,--	86,1 (1991: 77,4)
Harvestehude	71.809,--	80,0 (1991: 68,8)
.	.	.
Steilshoop	40.321,--	72,7 (1991: 61,7)
St. Georg	39.553,--	61,4 (1991: 51,2)
Billstedt	38.157,--	72,5 (1991: 60,3)
Jenfeld	37.377,--	72,2 (1991: 58,9)
Altona- Altstadt	36.099,--	70,1 (1991: 56,6)
Ottensen	35.947,--	77,0 (1991: 63,9)
Wilhelmsburg	34.541,--	73,6 (1991: 59,0)
Harburg	34.375,--	72,2 (1991: 60,0)
Hamm-Nord	34.103,--	78,6 (1991: 68,0)
Rothenburgsort	34.018,--	71,3 (1991: 58,0)
Horn	33.771,--	74,4 (1991: 61,0)
Veddel	33.628,--	70,3 (1991: 57,0)
Hamm-Mitte	33.455,--	74,2 (1991: 59,9)
Barmbek-Nord	32.615,--	76,2 (1991: 65,0)
Altona-Nord	32.446,--	73,0 (1991: 59,7)
Dulsberg	29.768,--	73,8 (1991: 62,1)
St. Pauli	29.333,--	57,7 (1991: 44,5)

Tabelle .Nr. 2 Lehrbedarfsstellenplan für die Ausländerförderung

Stellenbedarf für die Ausländerförderung		K a p i t e l							Zusammen	Bemerkungen
Stand: Schulorganisation zum 1.8.1991		GR	ML	So	Gyn	RL	Ges	BS		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1 Quantitativ:										
2 - Auffangklassen für ausländische Schüler	33	14	.	47		
3 - Berufsvorbereitungsklassen für Ausländer *)	150	150		
4 - Bilinauale Vorbereitungsklassen	0	0		
5 - Deutsch Intensivkurse (berufliche Schulen) *)	16	16		
6 - Deutschintensiv- und -Förderunterricht	235	.	48	15	.	36	.	334		
7 - Einjähriger Bildungsgang für Ausländer	1	1		
8 - Multinationale Vorbereitungsklassen	76	5	.	81		
9 - Nationale Übergangsklassen	10	10		
10 - Realschulübergangsklassen für Ausländer	5	5		
11										
12 Quantitativ zusammen	359	0	48	15	0	55	176	653		
13										
14 Qualitativ:										
15 - Förderung deutscher Schüler bei hohem Ausländeranteil *)	50	.	12	.	.	12	.	83		
16 - Fortbildung an IFL ('Berisch als Fremdsprache')	3	2	5		
17 - Hausaufgabenhilfen	9	1	.	10		
18 - Muttersprachl. Unterricht/islamischer Religionsunterricht	19	.	4	1	.	4	.	28		
19 - Sozialbetreuung für Ausländer	0	.	4	.	.	4	1	17		
20 - Vorlaufgruppen **)	0	0		
21 - Zusatzstudien für Lehrer von ausländischen Schülern	2	.	0,5	1	.	0,5	1	5		
22 - Differenzierung in Türkisch als 1. Fremdsprache an 3 GS	2	.	2		
23										
24 Quantitativ zusammen	100,0	0	20,5	2	0	23,5	4,0	150		
25										
26 Stellenbedarf für Ausländer insgesamt	459	0	68,5	17	0	78,5	180	802,0		
27										
28										
29										
Stellenbedarf für die Auswandererförderung		K a p i t e l							Zusammen	Bemerkungen
Stand: Schulorganisation zum 1.8.1991		GR	ML	So	Gyn	RL	Ges	BS		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
16 Quantitativ:										
17 - Berufsvorbereitungsklassen für Auswanderer *)	0		
18 - Realschulübergangsklassen für Auswanderer	11	11		
19 - Übergangsklassen für Auswanderer	24	3	.	27		
20 - Deutsch für Auswanderer	97	.	.	7	.	5	.	109		
21 - Anteilige Anpassung wg. rückläufiger Auswandererzugänge	-30	.	-3	-6	.	-7	-3	-60		
22										
23 Quantitativ zusammen	83	0	-3	-1	0	1	-3	87		
24										
15 Qualitativ:										
16 - Übergangsklassen für Auswanderer	.	.	.	7	.	1	.	8		
17										
18 Quantitativ zusammen	0	0	0	7	0	1	0	8		
19										
20 Stellenbedarf für Auswanderer insgesamt	83	0	-3	6	0	2	-3	95		
21										
22										
23										
24 Bedarf für Ausländer und Auswanderer insgesamt	542,0	0,0	65,5	23,0	0,0	80,5	177,0	898,0		

*) Eine Aufteilung des Bedarfs nach Ausländer- und Auswandererlassen ist z.Zt nicht möglich

**) Vorlaufgruppen werden nur im 2. Schulhalbjahr geführt. Als Jahresbedarf sind dafür 8 Stellen erforderlich.